



# IVL-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 - 9070

Heft 1 / März 2020

---



**Warum**

# Debeka – Der Versicherer für Lehrer

Traditioneller Partner  
des öffentlichen Dienstes

Debeka  
anders als andere



Finden Sie den Debeka-Kontakt  
in Ihrer Nähe:

oder unter: [www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka

Versichern und Bausparen

*Wir haben die  
zufriedensten  
Kunden und das  
bereits seit Jahren  
in Folge*



**Landesgeschäftsstelle Kiel**

Königsweg 28 - 34

24114 Kiel

Telefon (04 31) 9 06 08 - 0

[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka – anders als andere.





## Das Glas ist halbvoll

Auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion saß ich im Februar als einer von drei Experten im gut besuchten Landeshaus in Kiel bei einem Workshop zum Thema Inklusion. Der Experte neben mir forderte im Abschluss-Statement nicht weniger als eine vollständige Inklusion in seinem Sinne.

Die Vorschläge auf dem Weg dorthin: fächerübergreifende Projekte, Freiarbeit, Abschaffung der Fächer, Ganztagschulen, er nennt die Bodenseeschule als Vorbild. Seine Nachbarin (die zweite Expertin) stellt die Existenz der Gymnasien infrage. Es folgt höflicher Applaus. Mir ist kalt. Der Tag war lang. Zuvor hatte ich in der Sparkassenakademie mit Grete Rhenius und Elke Stamm bei der Vorstellung der Gewerkschaften und Verbände für die IVL geworben.

Zu meinem Erstaunen durfte auch eine „Gesellschaft“ sprechen, die weder Verband noch Gewerkschaft ist und als ehemaliger Gesamtschullehrerverband allein das Hohelied auf das längere gemeinsame Lernen singt. Wir forderten Aufklärung. Ein IQSH Vertreter warb um Verständnis, es gebe eine enge Kooperation zwischen IQSH und der politischen Vorfeldorganisation. Man hört und staunt.

„Klarer Kurs voraus“, bewerben wir unseren Verband. Doch auch wenn es manchmal wirkt, als wären wir das letzte getriebene Schiff in einem Meer der Bildungsnivellierung, täuscht diese selektive Wahrnehmung. Ich sehe Licht am Horizont. Den lautesten Applaus bei der FDP Veranstaltung bekam ich für mein Plädoyer einer Inklusion, die sich an den Interessen der Kinder orientiert

Bei der diesjährigen Winter Academy der Jungen Union SH in Mölln durfte ich in einem Modul zum Thema „Berufsorientierung“ referieren. Ich nutzte die Gelegenheit und diskutierte mit den Nachwuchspolitikern über die Qualität des mittleren Schulabschlusses und weshalb trotz inflationärer 1er Abschlüsse an den Gymnasien zwar alle Absolventen hochschulzugangsberechtigt, aber immer häufiger nicht studierfähig sind. Zum Abschluss des Tages nahmen sie in Beschlüssen zu den Themen des Tages Stellung. In meinem Modul hieß es u.a.: „Für eine ganzheitlich erfolgreiche Berufsorientierung braucht es neben den vielen Individualmaßnahmen auch ganz grundsätzlich ein niveauvolles Lernumfeld in einem funktionierenden Schulsystem. Daraus ergibt sich für uns der Anspruch, dem Trend des Niveauverlustes in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft weiterhin entschieden entgegenzuwirken.“

Da kann man den Nachwuchspolitikern doch nur zustimmen. Und selbst die Schulwirklichkeit zeigt leichte Tendenzen der Besserung. Mit der neuen Gemeinschaftsschulordnung macht es zum ersten Mal vor dem Abschlussjahr einen Unterschied, ob die Schüler sich anstrengen oder nicht. Die Versetzung in Klassenstufe acht und neun kann nun bei entsprechend schwachem Notenbild auf Probe erfolgen. Wer hat als einziger Verband immer wieder das mühelose Aufsteigen bis in Klassenstufe 9 kritisiert?

Die IVL. Seien wir stolz auf unsere Erfolge. Noch wirksamer könnten wir sein, wenn es mehr Mitglieder gäbe, die aktiv werden und Verantwortung übernehmen.

Falls Sie Interesse an der Mitarbeit bei Projekten des Landesvorstandes haben, melden Sie sich gern. „Klarer Kurs voraus, auf der Offiziersbrücke ist noch Platz.“ Ich freue mich, von Ihnen zu hören.

Kommunikation ist keine Einbahnstraße. Wenn Sie mir Ihre Meinung mitteilen wollen, dürfen Sie dies gern tun. Ich freue mich darauf.

Ihr  
Dirk Meußner  
dirk.meusser@ivl-sh.de

### **Inhalt**

Editorial .....	3
Das Warum und die Neugier? .....	5
Skandalisieren? .....	7
Presseerklärung versus Newsletter .....	9
Redebeitrag des Landesvorsitzenden Dirk Meußner zum Themenabend „Inclusion“ im Landeshaus am 05.02.2020 .....	10
Der dbb führt berufsbezogenen Rechtsschutz durch .....	13
Frauenpolitische fachtagung .....	15
dbb-Jahrestagung 2020 .....	20
Stellungnahme .....	25
Alles rund um den Ruhestand .....	26
Termine   Seniorenbüro .....	28
Wir gratulieren .....	29
Homepage Info .....	30
Aus dem Bezirk .....	31
Aktuelles für IVL .....	32
IVL Intern .....	33
Unser Service für Sie .....	35



## Das Warum und die Neugier?

von Harro Rhenius

Why? Pourquoi? Miksi? Dlaczego? Waarom? Por qué? Wuarom?

Immer heißt es, auch in unterschiedlichen Sprachen und Dialekten, WARUM? Gibt es eine Antwort auf dieses Wort? Sicherlich nicht, wenn nicht nach dem Grund des „Warum“ gefragt wird.

Schon in der grauen Vorzeit fragten die Menschen nach dem Warum. Naturkatastrophen, familiäre Veränderungen und sonstige Fragen hatten die Götter zu verantworten oder mussten sie beantworten. Früh haben die Menschen hier Vermittler eingeschaltet. Priester waren diese Vermittler, sie hatten das „Warum“ zu beantworten.

Einig waren sich die Menschen und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte, dass Götter über uns zu wohnen hatten. Bei den „alten“ Griechen wohnten und lebten die Götter auf dem Olymp. Das „Oben“ war somit in irgendeiner Form heilig. Da Berge sich gen Himmel erhoben, waren sie für viele Kulturen heilig.

So war und ist z.B. der **Qomolangma** (deutsche Aussprache „Tschomolangma“), der höchste Berg unseres Planeten, den dortigen Kulturen heilig, auch wenn heute Touristenströme den Berg besteigen.

Edmund Hillary und Tenzing Norgay gelang am 29. Mai 1953 die Erstbesteigung des „dritten Pols“. Auf die Frage, WARUM er den Berg bestiegen habe, antwortete der Australier Sir Edmund Hillary „Weil er da ist.“

Diese Antwort ist symptomatisch für das, was ich unter „WARUM“ verstehe. WARUM steht für mich für Neugier. Im Lexikon der Psychologie fand ich die folgende Definition: „**Neugier**, Wissensdurst; ein Zustand, der einhergeht mit einer erhöhten Bereitschaft eines Organismus, sich neuen, ungewohnten und komplexen Situationen und Objekten auszusetzen bzw. diese aktiv aufzusuchen. W. McDougall definierte Neugier als Instinkt, bestehend aus einer Antriebskomponente, einer Affektkomponente und

einer Verhaltenskomponente. Er bezeichnete Neugier als den wichtigsten Kern der Motivation.“

Neugier ist damit der Brunnen der Bildung. Nur wer neugierig ist, kann Bildung erwerben.

Wenn die Neugier verschwindet, wenn die Neugier stirbt, verschwindet Bildung. Diese Zeilen sind ein sehr persönliches Statement zur Bildung und zur Neugier. Ich möchte zum Nachdenken anregen, auch zum Nachdenken über die derzeitige schulische Situation in unserem Land.

Ist Neugier ein gesellschaftliches Phänomen? In vielen Aufsätzen und Stellungnahmen lese ich immer wieder den Vorwurf, das deutsche Bildungssystem präferiere und zementiere soziale Rangordnungen.

Ich werde dabei den Eindruck nicht los, dass die Autoren immer wieder von anderen Autoren abschreiben und somit eine Kettenreaktion der Ablehnung provozieren. Wobei diese Ablehnung vielfach politisch definiert wird. Da ist von „bildungsaffinen“ und „bildungsfernen“ sozialen Schichten zu lesen und zu hören. Neugier darf kein soziales Stigma sein. Neugier als Motivation muss gesellschaftlich und sozial unbelastet sein. Was der Einzelne aus dieser Neugier macht, kann Schule nicht verändern. Schule kann und muss hier helfend eingreifen. Dieses muss Aufgabe der Politik sein. Lehrerinnen und Lehrern muss die Schule das notwendige Instrumentarium zur Verfügung stellen.

Wie dieses Instrumentarium aussieht, das sollte von den dafür qualifizierten Lehrkräften bestimmt werden. Die Ministerialbürokratie und die begleitende Politik sollen hier nur eine helfende Hand reichen.

Die Frage nach dem WARUM in der Bildung darf kein gesellschaftliches Tabu sein, es muss ein Konsens herrschen, dass qualifizierte Antworten gegeben werden müssen.

Nicht die Schule darf zur Baustelle und damit zum Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Fehlentwicklungen werden. Das ist Aufgabe der Politik und damit der Politiker, denn auch der Politiker sollte neugierig sein und nicht in erstarrten Bahnen parteipolitisch denken und handeln.

Machen wir uns nichts vor, es hat immer Menschen mit unterschiedlichen Gaben gegeben. Diese Menschen wird es auch weiterhin geben. Es wäre eine Horrorgeschichte, wenn alle Menschen gleich wären, quasi der Einheitsmensch.

Weil es den Einheitsmenschen nie geben wird, darf es auch keine Einheitsschule geben. Von „Einheitspartei“ haben wir nun wahrlich genug.

Es lässt sich nicht leugnen, trotz aller andersartigen Argumente, dass Kinder, die in einer behüteten, liebevollen und verantwortungsbewussten Umgebung aufwachsen, möglicherweise eine andere Neugier entwickeln als Kinder, die in einer vernachlässigten, von Streit und Kampf geprägten Umgebung aufwachsen. In gewisser Weise wird also Herkunft Einfluss auf Neugier und damit Bildung haben.

Ich will gar nicht auf andere europäische Länder verweisen, wo die Herkunft die gesellschaftliche Einordnung definiert. Gerade die OECD mit ihren endlosen Stellungnahmen ist hier ein nicht gerade unbelasteter Vertreter. Neugier zu wecken, ist in den ersten Lebensjahren eine evidente Aufgabe der Eltern, der Erziehungsberechtig-

ten. Mit dem Beginn der Schulpflicht, ist es Aufgabe der Schule, diese geweckte Neugier neu zu definieren, zu lenken und zu unterstützen.

Neugier ist manchmal eine Belastung. „Sei nicht so neugierig“, ist dann oft eine Reaktion. Aber Lehrkräfte und auch Erziehungsberechtigte müssen mit dieser Neugier umgehen und sie altersgerecht einstufen können.

In vielen Fällen habe ich das Gefühl, dass den angehenden Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land das Gefühl für Neugier nicht vermittelt wird. Vielleicht können die Lehrenden diese Neugier auch nicht vermitteln. Das ist schlimm, das ist ein Skandal.

Neugier zeigen, neugierig zu sein darf nicht und soll nicht durch Überfrachtung von überflüssigen Lerninhalten gestoppt werden. Unseren angehenden Lehrkräften, die sicherlich mit viel Enthusiasmus und Engagement sich für diesen Beruf entschieden haben, muss sehr früh gezeigt werden, wie Neugier gelenkt werden kann und wo Neugier entstehen soll und muss.

Es ist ein Unding, allein Fachinhalte zu vermitteln, ohne das WARUM dieser Fachinhalte darzustellen. In der Vergangenheit hat sich das böse Wort der „Fachidioten“ eingeschlichen.

Fachidioten zeigen keine Neugier, sie sind nur Abwickler von Inhalten. Sie sind ein Skandal in der Schule.

Das musste ich mir mal von der Seele schreiben.

## Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

### IVL-SH Landesvorsitzender:

Dirk Meußner  
Maria-Brandt-Str. 9, 24306 Plön  
Tel.: 04522 / 50 35 98  
E-Mail: dirk.meusser@ivl-sh.de

### IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld  
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62  
Fax: 0 41 91 / 6 09 13  
E-Mail: info@ivl-sh.de

### Redaktionsanschrift:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld  
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62  
Fax: 0 41 91 / 6 09 13  
E-Mail: info@ivl-sh.de

### ISSN 2191-9070

Homepage: [www.ivl-sh.de](http://www.ivl-sh.de)

### Redaktion:

Harro Rhenius, Grete Rhenius

### Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH  
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen  
Tel.: 0 84 41 / 8068-0  
Fax: 0 84 41 / 8068-68  
[www.humbach-nemazal.de](http://www.humbach-nemazal.de)

## Skandalisieren?

von Harro Rhenius

Wenn Sie diesen Artikel lesen, werden Sie sich vielleicht ärgern. Das soll so sein, das beabsichtige ich.

Wir vertreten unsere Kolleginnen und Kollegen in diesem Land. Das hinterlässt auch bei mir manchmal Spuren. Es sind die Gefühle der Ohnmacht, der Verärgerung aber auch der Hoffnungslosigkeit, die mich überfallen. War Schule schon immer so? Wenn ich an meine Mittelschulzeit denke, sind es freundliche Erinnerungen. Unsere Lehrer – es war die Möser-Mittelschule für Jungen in Osnabrück – hatten Spitznamen, die von Schülergeneration zu Schülergeneration weitergereicht wurden. Unser Französischlehrer wurde „Quäckarsch“ genannt, an unseren Biologielehrer erinnere ich mich nur mit „Butz“.

Ausgebrannte Lehrer, psychisch belastete Klassenkameraden? Das kannte ich nicht. Wenn ich im April zum 60. Klassentreffen fahre, freue ich mich auf das Wiedersehen.

Offensichtlich ist der heutige Schulalltag in den Gemeinschaftsschulen ein ständiger Kampf. So empfinde ich es, wenn ich Äußerungen von Lehrerinnen und Lehrern lese oder gar höre. (Siehe der Artikel „Inklusion“ in diesem Heft).

Was läuft da schief? Ist es ein gesellschaftliches Problem? Sind Eltern vielfach völlig überfordert?

Wir leben im Land zwischen den Meeren. Wir kennen die Gezeitenströme. Wir kennen auch die zerstörerische Gewalt diese Gezeitenströme. Alle 6 Stunden verändert sich der Meeresspiegel, er hebt sich, er senkt sich.

Ich muss erkennen, dass solche Gezeitenströme auch in unserer Bildungspolitik existieren. Nicht im 6 Stunden Rhythmus, aber im Rhythmus von 5 Jahren. Immer wenn gerade wieder eine Wahl war, greift die erodierende Gewalt der Gezeitenveränderung in die Bildungspolitik ein. Anders als beim Meer, hebt sich das Niveau nicht, es senkt sich vielmehr, unaufhaltsam.

Dafür muss es Verantwortliche geben. Die sind schnell gefunden. Bildungsoptiker nenne ich sie. Optiker deshalb, da sie immer eine Brille benötigen. Die Brille der Anpassung, die Brille der Ideologie.

Offensichtlich Kinderglaube ist es bei mir, wenn ich annehme, dass Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie sich berufen fühlen, in die Politik zu wechseln, ihren ganzen Sachverstand dafür einsetzen, das Niveau der Bildung in den Schulen zu heben.

Warum geschieht das nicht? Mein persönlicher Eindruck – und das möge man mir verzeihen – ist, viele Lehrkräfte, die sich politisch berufen fühlen, sind in Wirklichkeit Migranten. Sie fühlen sich in ihrem Umfeld nicht wohl, sie sind überfordert, sie haben Angst vor Schülern und Eltern. Sie flüchten in die Politik.

Aus der Überforderung, die sie persönlich erlebten, bleibt eine dumpfe Erinnerung. Sie wollen verändern, alles vielleicht besser machen. Wie macht man aber etwas besser, das einen belastet hat? Man reduziert die Anforderungen. Es ist ein Teufelskreis.

Erhöhte Belastungen, Schul- und Elternstress, persönliche Überforderung sind die Kennzeichen des Weges nach unten. Nach unten bedeutet Absenken des Niveaus.

Gibt es einen Weg aus diesem verflixten Kreislauf? Ich denke Ja.

Wie formulierte es Dr. Burchardt von der Universität zu Köln so schön? Er empfiehlt die Skandalisierung.

Skandalisierung soll heißen, die Probleme beim Namen zu nennen und auf den Punkt zu bringen. Nicht drum herumreden und schönreden, sondern klar und krass die Mängelpunkte nennen und aufzählen.

**Das ist ein Skandal, das will kein Politiker hören. Es ist aber die Wahrheit.**

## Presseerklärung versus Newsletter

von Harro Rhenius

1967, im Rahmen meines Studiums der Betriebswirtschaftslehre an der „Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster“ entschied ich mich für das damals neue Fach „Marketing“.

Konfrontiert wurden wir damals mit dem für uns neuen Begriff „Public Relations“. 1961 hatte Volkmar Graf Zedtwitz-Arnim ein Buch mit dem Titel „Tu Gutes und rede darüber“ veröffentlicht. Graf Zedtwitz-Arnim war damals Kommunikationschef bei der BASF. Heute wäre er Leiter der PR-Abteilung gewesen.

Das Buch ist in mehreren Auflagen erschienen und handelt von Vertrauenswerbung und innerorganisatorischen Anforderungen, die auch im 21. Jahrhundert nicht optimal erfüllt sind, wie Studien leider immer noch ergeben.

„Tue Gutes und rede darüber“: Der alte Wahlspruch ist noch immer weit verbreitet, ganz gleich ob es um die Themen „Ehrenamt“, „Selbstvermarktung“ oder „gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit“ geht.

PR war und ist auch heute noch Öffentlichkeitsarbeit. Den Kontakt zur Öffentlichkeit hat in hohem Maße und mit großem Vertrauen die Presse. In den Vorstandsetagen begann die Arbeit der „Pressevertreter“, die das „Gute“ an die Presse weiterleiten sollten.

Es war der Start einer neuartigen Kommunikation. Es war der Start der „Pressemeldungen“. Wenn bis dato sich die Präsentation der Unternehmen und Organisationen auf das Schalten von Anzeigen ausrichtete, wurde nun der Kontakt zu der Presse gesucht, um getreu dem Motto „Tu Gutes und rede darüber“ die Öffentlichkeit über das Unternehmen und die Unternehmenspolitik zu unterrichten.

Die Presse sollte dabei als Vermittler, als Makler dienen. Dieser Weg, Meinungen, Ansichten, Positionen zu transferieren und transportieren, hat im Verlaufe der Jahrzehnte dazu geführt, dass, wenn man heute mit Pressevertretern ehrliche und offene Gespräche führt, einem unumwunden gesagt wird: „Verschonен Sie uns

mit Ihren Presseerklärungen“.

Jede Struktur, jede Organisation und sei sie noch so klein, bombardiert heute die Presse mit angeblich unendlich wichtigen Pressemeldungen. Die Redaktionen stöhnen ob dieser Flut. Sie sortieren und filtern gnadenlos.

In unserer IVL beschäftigen wir uns schon seit einiger Zeit mit dem Thema „Presseerklärungen“. Viele Jahre wurden wir, sicherlich aus den vorgenannten Gründen, von der Presse in unserem Land kaum wahrgenommen. Das hat sich inzwischen ein wenig geändert.

Dennoch haben wir die Konsequenzen gezogen und einen eigenständigen Pressereferenten abgeschafft. Presse- und Informationsarbeit ist Vorstandssache. Der Vorsitzende ist gleichzeitig Ansprechpartner für alle Medien. Das, so muss ich betonen, läuft gut.

Ein Blick über den Zaun, auf unsere anderen Landesverbände und den Bundesverband, wollte ich werfen. Ein Blick deshalb, da zum einen vom Bundesverband eine Flut von PM ausgesendet werden und zum anderen PM in vielen Magazinen unserer Landesverbände ein breites Spektrum einnehmen.

Ich sandte ein Mail an die Verantwortlichen der Landesverbände und schrieb:

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
verehrte Landesvorstände,  
für das nächste IVL-Magazin will ich einen Artikel veröffentlichen, der sich mit der Wirksamkeit von Pressestatements beschäftigt. Vor Jahren hatte Herr Kaden ein Presseseminar in Berlin organisiert. Nicht nur dort, sondern auch später sagten mir Pressevertreter: „Verschonен Sie mich mit Ihren Presseerklärungen.“*

*Vor diesem Hintergrund will ich darlegen, welche Wirkung Presseerklärungen von Vereinen tatsächlich haben. Ich darf*





*Sie deshalb bitten, mir eine Aufstellung zu übermitteln, in welchen Zeitungen respektive Zeitschriften die letzten 12 Presseerklärungen Ihres Landesverbandes veröffentlicht wurden. Bitte klammern Sie dabei Eigenveröffentlichungen wie bei Facebook oder Teacher4you aus.*

*Für Ihre Kooperation bedanke ich mich.*

*Ihr, Harro Rhenius*

Von 3 Landesverbänden erhielt ich eine ausführliche und ausgesprochene informative Antwort. Das waren Herr Karst (Rheinland-Pfalz), Herr Busch (Niedersachsen) und Frau Diepenbrock (Sachsen-Anhalt). Alle anderen Landesverbände inklusiv dem Bundesverband hüllten sich in Schweigen.

Eine Auswertung der in den Magazinen veröffentlichten Presseerklärungen und der auf den jeweiligen Internet-Auftritten eingestellten Erklärungen zeigt deutlich, dass die Mehrzahl aller Erklärungen „Eigenlobveröffentlichungen“ sind.

Aufgefallen ist mir auch, dass die Grenze zwischen Presseerklärung und Newsletter verschwimmt.

Wie bereits oben erwähnt, richtet sich die Presseerklärung an die undifferenzierte Öffentlichkeit oder auch an politische Kräfte, Newsletter richten sich gezielt an bestimmte Personen oder Personengruppen in unserem Falle an die Mitglieder. Damit sind ein Großteil der von den Landesverbänden und dem Bundesverband veröffentlichten „Pressemeldungen“ eigentlich „Newsletter“.

So schrieb z.B. Frau Diepenbrock: *„Presseerklärungen wurden nur in Auszügen in die Mitteldeutsche Zeitung und die Volksstimme übernommen. Mehr Gehör fanden sie beim dbb Sachsen-Anhalt. Dort wurden sie fast vollständig in Texte umgewandelt und im Regionalmagazin veröffentlicht.“*

*Ich habe unsere Pressemitteilungen allerdings auch selbst verbreitet, z.B. an Parteien, Schulen etc. verschickt. Aufgrund mehrerer Presseerklärungen wurde ich jetzt vom Bildungsminister und seiner Staatssekretärin in eine Arbeitsgruppe über Unterrichtsversorgung und -organisation berufen. (Die Arbeitsgruppe besteht aus drei Referatsleitern, drei Schulleitern, zwei Herren vom Landesschulamt und mir, kein weiterer Lehrerverband wurde eingeladen).*

*Durch eine Presseerklärung aufmerksam geworden, wurde ich zu einem anderen Thema vom mdr interviewt.*

*Abschließend kann ich sagen, dass Presseerklärungen von uns nicht unbedingt abgedruckt werden, aber dennoch zu Erfolgen führen können.“*

Herr Karst schrieb: *Wir pflegen guten Kontakt mit der Presse. Durch unsere PM's bleiben wir inhaltlich präsent. In allgemeinen Beiträgen zur Schulpolitik wird unser Verband gelegentlich zitiert. PM's über Veranstaltungen (z.B. Fachkongress oder Hauptversammlung) werden i.d.R. aufgenommen.*

*Unsere PM's werden auch als Newsletter an die Mitglieder und andere Adressaten verschickt, in der Zeitschrift abgedruckt und auf die Homepage gestellt. So haben sie multifunktionale Wirkung.*

*Kurzum: PM's sind aus unserer Sicht ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Verbandsarbeit.“*

Von Herrn Busch erhielt ich die folgende Stellungnahme: *„unsere Pressemitteilungen/Statements werden immer beachtet und auch für Berichte benutzt. Dass sie nicht umsonst sind, zeigen auch die Anfragen durch die Radaktionen, sowohl Zeitung, Rundfunk und Fernsehen an unseren Landesvorsitzenden. Auch fragen sie von sich aus an, was der VNL zu dem Thema meint. Man kann nicht verhindern, dass unsere PM in den Papierkorb wandern, aber das scheint selten der Fall zu sein. Auch die Parteien lesen die PM sehr genau, das zeigen persönliche Ansprachen durch die Minister und/oder Staatssekretäre.“*

Zweifellos sind Presseerklärungen ein probates Medium, sich kundzutun, seine Meinung, seine bildungspolitischen Aktivitäten und vielleicht auch manchmal seine Nöte offen darzulegen.

Ich gehe davon aus, dass die Verantwortlichen eigentlich immer die Politik ansprechen wollen und weniger die allgemeine, breite Öffentlichkeit.

Ein anderes, neues Thema ist zweifellos das der sozialen Medien. Aber das dürfte ein anderes Thema sein.

Ich freue mich, wenn Sie anderer Meinung sind und diese mir auch kundtun wollen. Aber bitte verschonen Sie mich mit Presseerklärungen, die keine sind.

## Redebeitrag des Landesvorsitzenden Dirk Meußner zum Themenabend „Inklusion“ im Landeshaus am 05.02.2020

Man möge mir die Schilderung der tragisch komischen Begebenheit verzeihen, die ich dem Manuskript meines unveröffentlichten Buches entnommen habe. Sie gibt meine erste nachhaltige Begegnung in einer Inklusionsklasse wahrheitsgemäß wieder kurz nach Abschaffung des gegliederten Schulwesens. Dort half eine ausgebildete Förderschullehrkraft stundenweise als zweite Lehrkraft in den Hauptfächern aus. Ich unterrichtete dort Geschichte. Geschichte ist kein Hauptfach:

Wer nämlich kein Hauptfach unterrichtet und ganz allein seinen Fachunterricht in einer Inklusionsklasse ableistet, findet sich möglicherweise in völlig neuen Aufgabenbereichen wieder. Eine gute Augen-Hand Koordination wies ich nach, als Leif noch zu Regionalschulzeiten meiner Aufforderung, sich hinzusetzen, den Unterricht mit dem Wurf seiner Federtasche in meine Richtung eröffnete. Es folgten das Lineal, die Tasche und schließlich der Stuhl, dessen Wurf die anschließende Flucht aus dem Klassenraum vorbereitete. Minuten später saß ich vor einem Gruppenraum, den Leif als Stützpunkt für seine Vergeltung ausersehen hatte, indem er den Videowagen von innen schräg zur Türklinke kippte, sodass dieser als Barrikade meinen Zutritt verhinderte. Da saß ich nun, zwei Jahre nach Abschaffung der Realschule vor einer verschlossenen Tür und tat mir selber leid, während Leif hinter dieser Tür grausame Rache schwor. Wofür eigentlich?

Diese erste eindruckliche Begegnung mag nicht typisch sein für den Alltag in Inklusionsklassen, sie soll verdeutlichen, wie der große Teil der schleswig-holsteinischen Haupt- und Realschullehrer Inklusion zu Anfangszeiten erlebte, nämlich gänzlich unvorbereitet.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob die UN Behindertenrechtskonvention in Artikel 24, nach dem Menschen das Recht haben, nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen (zu) werden, wirklich die Einebnung eines vielfach differenzierten Schulsystems für alle Begabungsstufen rechtfertigte oder nicht eher jene Länder im Blick

hatte, in denen die Beschulung beeinträchtiger Menschen politisch nicht gewollt war.

Inklusion gab es übrigens schon zu Realschulzeiten im Hinblick auf Menschen mit körperlichen

Beeinträchtigungen: Schüler, die stark sehbehindert besondere Lesegeräte in Anspruch nahmen, stark vergrößerte Unterrichtsmaterialien nutzten oder zum Beispiel ein Kind mit einem fehlenden Unterarm. Diese Kinder waren seit je her fester Teil der Schulgemeinschaft. Die Teilhabe körperlich Eingeschränkter scheitert am ehesten an nicht barrierefreien Gebäuden, deren Planungen oft in den 70er Jahren überhaupt nicht diesen Bedarf im Blick hatten. Dies hat sich nicht wesentlich verändert. Dass es hier gilt, Abhilfe zu schaffen, eint uns alle.

Eine Herausforderung ganz anderer Art ist die Inklusion von Förderschülern des Schwerpunktes Lernen oder mit emotional-sozialem Förderbedarf.

Lange Zeit hat man in Schleswig-Holstein in einer sehr eindimensionalen Interpretation der UN-Behindertenrechtskonvention den Erfolg der Inklusion nach der Zahl der Förderkinder bemessen, die man in Regelschulen steckte und nicht an der Zahl der Fachkräfte, die diesen Prozess kompetent begleiteten. Wir galten als Leuchtturm der Inklusion, tatsächlich sah es finster aus.

Mit Jamaika ist ein Stück weit Realismus eingekehrt. Tatsächlich bedeutet Inklusion „die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität (= Unterschiedlichkeit) in Bildung und Erziehung“

Werden unsere Schulen in ihrer derzeitigen Ausstattung diesem Anspruch auch nur annähernd gerecht? Selbst wenn Schleswig-Holstein ein Flächenland ist und die Verhältnisse von Kreis zu Kreis sich unterscheiden. Allen Kreisen gemeinsam ist: Von einer durchgehenden Beschulung mit einer zweiten Förderschullehrkraft sind wir





landesweit weit entfernt. Sie erhalten als Schule etwa 2-3 Stunden pro Förderschüler mit Schwerpunkt „Lernen“ für die sonderpädagogische Betreuung.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, den Mangel zu gestalten: Viele Schulen entscheiden sich, alle Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ in einer Inklusionsklasse zusammenzuziehen, aber ist das eigentlich noch Inklusion? Der Vorteil: Jetzt kann die Schule für etwa 13 Stunden eine Doppelbesetzung hinter dem Pult mit einer ausgebildeten Förderschullehrkraft organisieren. Der Geschichtslehrer, der Erdkundelehrer, die Religionslehrerin müssen die pädagogische Herausforderung meistern, ohne jede Unterstützung. Aber wie empfinden Förderschüler das längere gemeinsame Lernen selbst? Ob Sternchenaufgabe, bunt bemalte Hilfekärtchen, Bienchenpunkte- jede Infantilisierung der Tatsache, dass weniger intelligente Schüler massive Hilfen benötigen und doch nicht annähernd das Niveau der Stärkeren erreichen, übersieht mit schlichtem Menschenbild das Offensichtliche.

Die Schüler sind nicht so dumm, wie sie diese vermeintliche pädagogische Behandlung aussehen lässt. Um das Bild einer Fußballmannschaft zu bemühen: Wenn man als FC Provinz in einer Liga mit Real Madrid und dem FC Bayern München um Punkte kämpft und jede Woche mit 13 oder 14 : 0 nach Hause geschickt wird, senkt das die Motivation natürlich erheblich. Dass diese Liga die Leistungsunterschiede verleugnet und damit den Anschein der Vergleichbarkeit erweckt, macht die sichere Niederlage der Amateure nur noch schwerer ertragbar. Wie müssen sich die schwächsten Schüler fühlen, denen die Schulreformen jede Möglichkeit raubten, einmal besser als der Nachbar zu sein.

Der Schutzraum der gemäßigten Heterogenität in Bildungsgängen mit Mitschülern der gleichen Leistungsliga, ermöglichte stressfreies Lernen. Da lacht niemand, wenn ich die Geschichte nicht verstehe, ich habe keine Angst, eine vermeintlich dumme Frage zu stellen, weil auch meine Mitschüler die gleiche Frage haben könnten. Und ich kann mich auch mal freuen, wenn ich einen Punkt mehr als der Sitznachbar bekomme oder etwas vor ihm verstanden habe. Ich kann ihm dann helfen, wie er mir hilft. Immer zu den Dummen zu gehören, kann keine Sternchen-Note, keine Hilfekärtchen nehmen. Im Gegenteil: Leistung wird als Versagen empfunden, wenn ich

mich als Amateurboxer nicht mit Amateurboxern messe, sondern täglich von Vladimir Klitschko verprügelt werde.

Eine Förderschülerin mit diagnostizierter Lernschwäche steht in einer achten Klasse vor mir. Während die stärkeren Schüler nun die Konditionalsätze lernen sollen, reicht mir bei den schwächeren die Unterscheidung von Haupt- und Nebensatz und die Setzung des Kommas an der richtigen Stelle. Aber Maria ist ehrgeizig. Sie hat alle Konditionalsätze mit lateinischen Fachbegriffen auswendig gelernt, sie hat die Fragen auswendig gelernt, mit denen ich sie erfrage, allein sie kann das Gelernte nicht auf neue Übungssätze übertragen. Das lässt sie verzweifeln, das macht sie wütend. Ich würde sie (sinnbildlich gesprochen) am liebsten väterlich umarmen und ihr sagen: Du bist gut so, genau wie du bist. Ich verneige mich vor deinem Ehrgeiz. Wahrscheinlich bist du nicht die schlechteste, sondern die beste Schülerin im Raum, weil du dein Potenzial zu 100 % abrufst.

In jeder Förderschule wäre sie Klassenbeste, in jedem Hauptschulbildungsgang könnte sie bestehen. Wer immer auf die Idee kam, durch das längere gemeinsame Lernen die Leistungserfolge der ganz Schwachen in eine tägliche Niederlage zu verwandeln und das ganze bildungsgerecht nennt, mag selbst einmal mit geschnürten Boxhandschuhen nach hartem Training in den Ring zu Klitschko steigen.

Dass Luise die unsichtbare Grenze, die bei aller Anstrengung im Bereich des Wissenstransfers stets vorhanden ist, nicht sieht oder akzeptiert, schützt sie nur teilweise. Noch vorhandene Motivation bezahlt sie mit Stress, Fehltagen, Kopfschmerzen und einem körperlich spürbaren Druck.

Andere Förderkinder machen sich weitaus weniger Stress. Sie schneiden monoton die Krone des Kaisers aus, während die Reichsinsignien behandelt werden, sie isolieren ohne Verständnis für Grammatik und mit geringsten Vokabelkenntnissen von Jahr zu Jahr mehr in einem Englischunterricht, der vom Sprachhandeln lebt. Da kann der Ausmalbogen bunt sein, wie er will, es wird einsam, wenn die anderen Kinder in einer Sprache reden, die sie nicht verstehen.

Über eine weitere Gruppe haben wir noch nicht gesprochen, Schüler mit emotional-sozialem Förderbedarf, die oft aus Überforderung massiv den Unterricht stören und

den Lernerfolg der Nicht-Förderkinder beeinträchtigen. Für diese Kinder, die oftmals gar nicht beschulbar sind, gibt es keine zusätzlichen Förderstunden. Selbst in Doppelbesetzung machen diese Kinder geregelten Unterricht unmöglich.

Wenn Marvin seine Tablette nicht genommen hat, und dann wie eine Boje den Raum sirenenhaft beschallt, bevor er dem Klassenmaskottchen, einem niedlichen Bären, den Kopf abreißt und dessen Inhalt in Form kleiner, weißer Plastikkügelchen vertilgt, müssen die Satzglieder warten.

Es gibt eine zweite Möglichkeit der Organisation des Mangels:

An einigen Schulen denkt man, Förderschüler in einer Klasse zu sammeln, entspreche nicht den Zielen von Teilhabe und Inklusion. Deshalb sitzen die meisten Förderschullehrkräfte in einem separaten Raum in Nähe eines Jahrgangs, den sie betreuen. Wenn Unterrichtsinhalte zu komplex werden, Förderbedarf entsteht, den die Fachlehrkraft nicht leisten kann, schicken Sie die Förderschüler zu dem jeweiligen Kollegen. Wenn Kinder am Ende des vierten Schuljahres auf weiterführende Schulen verteilt werden, auf denen sie bedarfsgerecht mit anderen Kindern auf vergleichbarem Leistungsniveau unterrichtet werden, nennen dies vermeintliche Bildungsexperten Selektion. Wenn ich jeden Hinweis auf unterschiedliche Leistungsstärke nivelliere und den Schein der Vergleichbarkeit herstelle, um die Schwächsten dann in jeder einzelnen Schule bei Überschreiten ihrer Fähigkeiten, aufzufordern, den Klassenraum zu verlassen, um den Förderraum aufzusuchen, ist dies keine Selektion. Das ist Bildungsgerechtigkeit. Oder eben nicht.

Weder die erste noch die zweite geschilderte praktizierte Umsetzung der Inklusion entspricht auch nur annähernd ihrem Ziel, der Wertschätzung und der Anerkennung von Diversität.

Was ist also zu tun? Zwei Zukunftsentwürfe

Die kleine Lösung:

Förder- und Regelschüler sollen dort künftig nur noch gemeinsam unterrichtet werden, wenn eine passable Lehrer-Schüler-Relation tatsächlich geschaffen ist. Bereits ohne Schüler mit Beeinträchtigungen rechtfertigt die heterogene Schülerschaft eine zweite Lehrkraft, Inklusionsklassen, bei denen der Zufall darüber entscheidet, ob die Regelschullehrkraft Unterstützung durch eine pädagogische Fachkraft bekommt, darf es nicht mehr geben.

Die große Lösung:

Wir interpretieren die UN-Behindertenrechtskonvention

endlich im Sinne der Schüler. Die Konvention verlangt nicht einen gemeinsamen Unterricht für alle, sondern einen Unterricht, der sich den Bedürfnissen des Einzelnen anpasst.

Ermöglichen wir den Gemeinschaftsschulen endlich Bildungsgänge bzw. abschlussbezogene Klassen.

Ein Förderschulkollege verriet mir kürzlich, dass man in der Sonderschulpädagogik mindestens dreifach differenziere, von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten beim Erlernen einfachster Kulturtechniken haben bis hin zu welchen, die perspektivisch den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss anstreben können. Der gewöhnliche Gemeinschaftsschullehrer müsste also mindestens 8fach differenzieren, wenn er die Schüler miteinbezieht, für die es einmal eigene Bildungsgänge gab. Die derzeitige Realität ist weder bildungsgerecht noch qualitativ akzeptabel. Beenden wir die wohlwollende Vernachlässigung aller.

Die große Lösung im Einzelnen:

Wir erhalten die Förderschulen für die Schüler, die ihrer hohen Schutz- und Unterstützungsfunktion bedürfen, um sich entwickeln zu können. Quälen wir die Allerschwächsten, die weder lesen noch schreiben können, ohne Aussicht auf den ESA nicht mit Atommodellen und englischer Grammatik. Geben wir auch den Förderschulkollegen auf den Gemeinschaftsschulen das Recht zur Einrichtung eigener Klassen für Förderschüler.

Schaffen wir einen ESA Zweig, in dem auch die Förderschüler mit dem Schwerpunkt Lernen Zugang finden, deren kognitives Potential in diesem Bildungsgang Erfolg verspricht. Denken wir diesen Bildungsgang, der damals als Hauptschule von der Politik kaputtgespart wurde, neu. Geben wir den Schwächeren den Raum einer geschützten Heterogenität, in der das Lernen nicht zur täglichen Niederlage wird. Dort brauchen wir praxisbezogenen Unterricht, der aufs Leben vorbereitet, kleine Klassen, die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams.

Bauen wir wieder einen mittleren Schulabschluss mit Leistungskultur, der dann in 10-15 Jahren wieder das Niveau des Realschulabschlusses erreichen könnte, ein Abitur, das nicht nur zum Hochschulzugang berechtigt, sondern auch zum Hochschulbesuch befähigt.

Schaffen wir Durchgänge, Übergänge und Wege zwischen den Bildungsgängen. Inklusion heißt nicht: Jeder Mensch ist gleich. Sie heißt: Jeder Mensch ist gleich viel wert. Von dieser Wertschätzung, gerade für die Schwächsten ist unser System entfernt- meilenweit. Ändern wir das!

## Der dbb führt berufsbezogenen Rechtsschutz durch

Der dbb führt berufsbezogenen Rechtsschutz im Auftrag seiner Mitgliedsorganisationen für deren Einzelmitglied durch.

Rechtsschutz kann generell nur über Ihre Fachgewerkschaft beantragt werden und nicht direkt über den dbb oder die dbb Dienstleistungszentren.

### Was ist Rechtsschutz?

Rechtsschutz auf Grundlage der dbb *Rahmenrechtsschutzordnung (RRSO) (PDF)* gliedert sich in Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz.

*Beratungsrechtsschutz* bedeutet, dass das zuständige dbb Dienstleistungszentrum mündliche oder schriftliche Auskünfte oder rechtliche Kurzeinschätzungen abgibt.

*Verfahrensrechtsschutz* bedeutet die Vertretung in einem außergerichtlichen oder gerichtlichen Verfahren durch das zuständige dbb Dienstleistungszentrum.

### Wer erhält gewerkschaftlichen Rechtsschutz und wie weit geht dieser Rechtsschutz?

Der dbb bietet den Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsorganisationen exklusiv und kostenlos berufsbezogenen Rechtsschutz an. Die Rechtsschutzgewährung selbst erfolgt über den zuständigen Landesbund oder die Fachgewerkschaft. Die Rechtsschutzdurchführung wird über die zuständigen Dienstleistungszentren bewirkt.

Der Rechtsschutz umfasst Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit derzeitigen oder früheren beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst oder im privaten Dienstleistungssektor stehen. Darunter fallen auch Tätigkeiten in den Funktionen als Mitglied eines Personal- oder Betriebsrates, einer Jugend- oder Ausbildungsvertretung, als Frauenbeauftragte oder als Vertrauensfrau/-mann für Schwerbehinderte.

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz umfasst damit sämtliche dienst- und arbeitsrechtlichen Fragen.

Er umfasst auch Rechtsprobleme des Sozialrechts, soweit diese unmittelbare Auswirkungen auf das Arbeits- oder Dienstrecht haben, wie z. B. Fragen um die Feststellung des Grades der Behinderung oder Fragen im Zusammenhang mit Unfällen auf dem unmittelbaren Weg von oder zur Arbeitsstätte und ähnliches mehr.

In Straf-, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitsverfahren kann die Rechtsschutz gewährende Stelle nur im Ausnahmefall Rechtsschutz gewähren.

Eine Rechtsschutzdurchführung über die dbb Dienstleistungszentren erfolgt hinsichtlich der straf- und ordnungswidrigkeitsrechtlichen Sachverhalte nur insoweit, als ein unmittelbarer Berufs- und Tätigkeitsbezug gegeben ist.

Die Rechtsschutzdurchführung in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten ist stets möglich, da ein Disziplinarverfahren immer einen unmittelbaren dienstlichen Bezug hat.

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz, wie er vom dbb für die Einzelmitglieder seiner Mitgliedsorganisationen angeboten wird, ist eine freiwillige satzungsmäßige Leistung des dbb. Einen Anspruch hierauf gibt es nicht. Die Rechtsschutzdurchführung wird versagt, wenn dem Rechtsschutzanliegen hinreichende Erfolgsaussichten fehlen oder dem Rechtsschutzanliegen gewerkschaftspolitischen Bestrebungen entgegen stehen.

### Wer übernimmt die Kosten?

Der Rechtsschutz durch den dbb ist für Sie als Einzelmitglied kostenlos, wenn nicht die Rechtsschutzordnungen oder -Richtlinien der Rechtsschutz gewährenden Stellen etwas anderes bestimmen.

Der dbb übernimmt grundsätzlich die notwendigen Kosten und Kostenvorschüsse für die Führung des Verfahrens. Zu den notwendigen Kosten gehören ggf. auch die gesetzlichen Gebühren des gegnerischen Rechtsanwalts.

Für den Fall, dass die dbb Dienstleistungszentren aus prozessualen Gründen gehindert sind, das Verfahren

selbst zu führen, beauftragt der dbb einen externen Rechtsanwalt. Die hierdurch entstehenden Kosten trägt der dbb.

Die Sachverständigenkosten werden vom dbb übernommen, wenn sie auf einen gerichtlichen Beweisbeschluss oder auf eine gerichtliche Beweisanordnung zurückzuführen sind.

Gutachterkosten nach § 109 SGG werden vom dbb dann getragen, wenn sie erforderlich sind. Erforderlich in diesem Sinne sind sie, wenn es zum Sachverhalt widersprüchliche fachärztliche Einschätzungen gibt oder sonstige medizinisch begründete Zweifel an den Gutachten nachvollziehbar belegt werden können.

Sollte ein rechtskräftiges Urteil zu Gunsten des Einzelmitglieds in vollstreckbarer Fassung vorliegen, so übernimmt der dbb im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes den Vollstreckungsversuch hierzu. Schlägt dieser fehl, wird dem Anspruchsinhaber der Vollstreckungstitel (rechtskräftiges Urteil nebst Vollstreckungsklausel) im Original übermittelt. Hierdurch wird der Anspruchsinhaber in die Lage versetzt, insgesamt bis max. 30 Jahren aus dem so erstrittenen Urteil gegen den Schuldner vorzugehen.

### Was muss ich tun, um Rechtsschutz zu erhalten?

Der dbb Rechtsschutz in dem umschriebenen Umfang setzt einen vorherigen Rechtsschutzantrag voraus. Wenden Sie sich bitte direkt an ihre zuständige Fachgewerkschaft und beantragen dort die Gewährung von Rechtsschutz. Ihre Mitgliedsgewerkschaft vermittelt ihnen den Kontakt zum jeweils zuständigen Dienstleistungszentrum.

Von Ihrer Mitgliedsgewerkschaft erhalten Sie einen Rechtsschutzantrag, den Sie mit Ihren persönlichen Daten – Status, Erreichbarkeit, etc. – versehen.

Bitte geben Sie Ihrer Mitgliedsgewerkschaft eine hinreichende schriftliche Stellungnahme ihres Rechtsschutzbegehrens.

Der dbb hat für die rechtsschutzgewährenden Mitgliedsgewerkschaften und Landesbünde, aber auch für die betroffenen Mitglieder, eine Arbeitshilfe (Checkliste) erstellt.

Gleichzeitig sollten Sie sämtliche Schriftstücke, die im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzbegehren stehen – etwa Arbeitsverträge, Kündigungsschreiben, Ausgangs- und Widerspruchsbescheide, Beurteilungen, Vorkorrespondenz etc. – in Kopie übermitteln. Das so gesammelte Material wird seitens der Mitgliedsgewerkschaft entweder direkt oder – wenn eine Mitwirkung des Landesbundes erforderlich ist – über den Landesbund an das zuständige Dienstleistungszentrum weitergeleitet. Hier erfolgt die weitere rechtliche Bearbeitung.

### Wie arbeiten die dbb Dienstleistungszentren?

Nach dem Eingang der Rechtsschutzunterlagen nimmt das Dienstleistungszentrum Kontakt mit Ihnen auf. In der Regel erfolgt eine Eingangsbestätigung und fehlende Unterlagen werden angefordert. Dann beginnt die mündliche oder schriftliche Beratung. Sofern der Rechtsschutzfall in einen Verfahrensrechtsschutz mündet, werden die einzelnen Verfahrensabschnitte mit Ihnen abgestimmt. Von sämtlichen Schriftstücken in Ihrer Angelegenheit erhalten Sie Kopien für Ihre Unterlagen, sodass Sie jederzeit über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert sind.

Die hier dargestellten Hinweise zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz können nur einen groben Überblick über Art, Inhalt und Umfang der Rechtsschutzdurchführung durch die dbb Dienstleistungszentren geben. Die Einzelheiten hierzu ergeben sich aus dem Zusammenspiel der dbb-Satzung und der dbb Rahmenrechtsschutzordnung in der jeweils gültigen Fassung.

### Kontakt für IVL-Mitglieder: Ingrid Bieger

#### Betrifft E-Mail-Adresse

Liebe IVL-Mitglieder,

E-Mails ermöglichen eine schnelle und komfortable Form der Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass man im Besitz einer aktuellen E-Mail-Adresse des Empfängers ist. Deshalb bittet Sie der IVL-Landesgeschäftsführer Michael Strobel, ihm die Neueinrichtung eines E-Mail-Postfachs oder die Änderung Ihrer E-Mail-Adresse mitzuteilen. Am besten mit einer kurzen E-Mail an: **[info@ivl-sh.de](mailto:info@ivl-sh.de)**

## Frauenpolitische Fachtagung

von Elke Pries-Hoffmann

vom 13. bis 15.12.2019 im *dbb forum siebengebirge* in Königswinter.



Bis auf zwei Bundesländer waren alle durch mindestens eine Frau des Verbandes Deutscher Realschullehrer vertreten. Das war insofern von Interesse, als Neuwahlen für den Bundesvorsitz und die beiden Vertreterinnen anstanden.

**Marlis Tasser**, die bisherige Bundesfrauenvertreterin des VDR, wurde ehrenvoll verabschiedet.

An ihre Stelle ist nun **Kerstin Jonas** aus Hessen getreten. Ihre Vertreterinnen sind **Anja-Undine Kurz** aus

Berlin und **Nicole Weiß-Urbach** aus Rheinland-Pfalz.

Selbstverständlich gab es, wie gewohnt, VDR-interne Berichte, Länderberichte und eine bildungspolitische Umschau von unserem



VDR-Bundesvorsitzenden, Jürgen Böhm, bevor wir **Corinna Kriesemer** (CPW-Consulting: [www.cpwconsulting.de](http://www.cpwconsulting.de)) für unsere Fortbildung zum Thema *Ge-lassen und leistungsfähig: erfolgreicher Umgang mit Stress, Anforderungen und Erwartungen* erleben durften.

### Marlis Tasser: VDR intern:

- **Sonderurlaubsverordnung:** Sollte einmal ein Chef/eine Chefin keine Erlaubnis zur Teilnahme als Delegierte an einer Versammlung erteilen, sollte man um eine schriftliche Begründung bitten.
- Bericht über die 15. Frauenpolitische Fachtagung 2019, über die ich schon einen Bericht geschrieben hatte.
- **Termine:**
  - 24.04. - 25.04.2020: **Bundesfrauenkongress** in Potsdam
- **Seminare:**
  - 17.09. - 19.09.2020: Seminarnummer B 145 SK: „Digitalisierung: Chancen und Risiken in einer veränderten Arbeitswelt“
  - 08.11. - 10.11.2020: Seminarnummer B 191 SK: „Nichts bleibt wie es ist – Veränderungsprozesse als Interessenvertretung gestalten“
  - 15.11. - 17.11.2020: **VDR-Frauenseminar** in Königswinter: Dieses Seminar ist für uns sehr zu empfehlen, da das Thema wichtig und anwendbar ist.
  - 07.05. - 09.05.2020: VDR GV und BV in Würzburg.

### Jürgen Böhm:

- Querschnittverbindungen: Sie werden an den dbb angebunden. So gibt es jetzt die Gründung der **Jugendorganisation des VDR**. Die Wahl soll in den Landesverbänden stattfinden. Ein gemeinsames Logo ist erstellt worden. Jeder Landesverband soll dann eine Stimme haben auf Bundesebene.
- Es soll Zusammenarbeit zwischen den Querschnittverbindungen geben.
- **PISA-Studie:** Es bleibt zu fragen, wie aussagekräftig sie eigentlich ist. Was wird verglichen? Da gibt es to-



talitäre Staaten (China, Singapur) und demokratische. Föderale Strukturen werden nicht berücksichtigt: Starke Bundesländer heben die extrem schwachen Länder über den Durchschnitt.

- **Bildungsrat:** Die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wollen ihn nicht. Sie wollen keine Einheitsbeschlüsse auf Minimalkonsens und keinen Qualitätsabbau. „Vom ständigen Messen wird die Sau auch nicht fetter“, **Josef Kraus**, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

Jürgen Böhm betonte wiederum, dass wir einen **starken mittleren Bildungsabschluss** wollen: „Der Mittelstand braucht starke mittlere Bildung.“

- Er fordert 200 Stunden **ökonomische Bildung** für jeden Schüler entweder als Bildungsinhalt oder in einem eigenen Fach. Bayern hat hier eine Vorreiterrolle, denn es gibt dort 500 Stunden Unterricht in Wahlpflichtfächergruppen.

Bündnispartner sind z.B. das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, der Deutsche Lehrerverband

und die Bildungsallianz des Mittelstandes. ([www.boeb.net/www.bildungsallianz.org](http://www.boeb.net/www.bildungsallianz.org)).

Naina, 17 Jahre alt, Gymnasiastin aus Köln: „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann eine Gedichtanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“ Das kommt uns allen sicher sehr bekannt vor.

- In Sachsen wird noch bis zum Alter von 42 Jahren **verbeamtet**, in Schleswig-Holstein bis 45.
- **„Bildung, Leistung, Differenzierung, Qualität“:** Das fordert Böhm.
- **Digitalisierung:** Sie muss der Pädagogik folgen, nicht umgekehrt.

Es bleibt zu fragen, wie wir mit dem hierfür gegebenen Geld umgehen. Es gibt hohe Folgekosten. So denken wir an die externe Systembetreuung. Bayern als Beispiel: Es gibt 5500 Schulen mit durchschnittlich 50 Lehrern. Das bedeutet, dass 275 000 Geräte angeschafft werden müssen, denn Lehrmaterialien müssen vorhanden und zugänglich sein und abgestimmt werden. Geräte müssen repariert werden – s. als Negativbeispiel die Sprachlabore, die aus Folgekostengründen wieder abgeschafft wurden. Wie geht ein Lehrer mit dem Zugang zu Pornographie und Kriminellem um? Welche rechtlichen Verhältnisse sind zu beachten? Wer übernimmt die Systembetreuung?

Hier ist noch viel zu überlegen und zu planen.

**Corinna Kriesemer: Der Blick ins eigene Ich  
Besserer Umgang mit Stress  
Gelassenheit entwickeln**

Das waren die 3 Überschriften über die 3 Themenblocks an zwei Tagen. Die Wörter *Austausch, Fragen, Praxis, Pausen, Spaß* wurden an den Anfang gestellt, und am Ende hat alles gestimmt.

„Ich bin der einzige Mensch, dem ich nicht aus dem Weg gehen kann.“ So begannen wir denn mit Persönlichkeitsprofilen, fanden unsere inneren Antreiber und sprachen über das Innere Team, bevor wir unsere uns stressenden Antreiber erkannten, Lösungsansätze und Entspannungsmethoden diskutierten, um letztlich zur Gelassenheit zu kommen: Was ist mir wichtig? Welche Maßstäbe setze ich an? Welche Erwartungshaltungen





haben andere und ich und wie komme ich zum Selbstbewusstsein?

Um **unsere Persönlichkeitsprofile** herauszufinden, haben wir das Herrmann-Diversity-Spiel benutzt und kamen zu konkreten Profilen nach dem **HBDI: Herrmann's Brain Dominance Index**. Die grundsätzlichen Profile waren in 4 verschiedenen Gruppen zu finden, die wiederum sehr praktisch für die Gruppenfindung für ein gut funktionierendes Arbeitsteam zu gebrauchen sind. Es sagt mir auch, welche Seite meiner Persönlichkeit ich eventuell hochfahren muss, um erfolgreich zu sein.

„Das **Vier-Quadranten-Modell des Gehirns** ist ein Modell zur Denkstilanalyse, entwickelt von dem Amerikaner Ned Herrmann“ (Wikipedia):

1. Rationales Ich, 2. Experimentelles Ich, 3. Fühlerndes Ich und 4. Organisatorisches Ich.

Das sind die 4 Gruppen. Die Zahlen bedeuten keine Rang- oder Reihenfolge.

Menschen der Gruppe 1: analytisch, mathematisch, technisch, logisch, quantitativ, rational

Menschen der Gruppe 2: flexibel, neugierig, ganzheitlich, integrativ, risikobereit, abenteuerlustig

Menschen der Gruppe 3: hilfsbereit, intuitiv, freundlich, kooperativ, kommunikativ, emotional

Menschen der Gruppe 4: strukturiert, organisiert, beharrlich, planend, praktisch, kontrolliert

Man stelle sich vor, welches Ziel man für eine Gruppenarbeit hat. Dann erkennt man genau, welche Persönlichkeiten man für das Erreichen des Zieles braucht. Fehlt eine Eigenschaft, so kann man sein Ziel schwer erreichen.

#### Innere Antreiber

- Sei perfekt!
- Mach es anderen recht!
- Sei gefällig!
- Streng dich an!
- Sei stark!
- Beeil dich! usw.

Diese Antreiber erzeugen Stress. Hilfreich ist, wenn mir klar ist, dass ich nicht perfekt bin und so mit einem gewissen Selbstbewusstsein ausgestattet. Die Gefahr eines Burnout-Syndroms ist besonders bei dem vorletzten Antreiber gegeben.

Wenn diese Antreiber zu stark in mir sind, dass sie negativ wirken, muss ich mir bewusst werden, dass es anders laufen muss. Ich muss mich davon befreien und die Antreiber an „ihren Platz“ verweisen und in Balance halten. Wir sollten uns mit den Antreibern, die uns Probleme machen, beschäftigen.

#### Das Innere Team

„Das Innere Team ist ein Persönlichkeitsmodell des Hamburger Psychologen Friedemann Schulz von Thun.“ (Wikipedia) Auf einem großen Blatt Papier werden grob die Umriss eines Menschen skizziert. Dann wird eine Versuchsperson – in diesem Fall eine Kollegin aus unserem Seminar – zu Themen und Eigenschaften, die sie betreffen, befragt. Diese Themen werden auf Karten festgehalten und in wahlloser Reihenfolge auf die Skizze geheftet.

Dann muss die Person sagen, welche der Themen oder Eigenschaften an eine andere Stelle geheftet werden sollen: höher, tiefer, näher am Herzen usw. Es darf keine Karte weggenommen werden. Widerstreitende innere Stimmen müssen ernst genommen werden. Am Ende soll ich ein mich glücklich bzw. zufrieden machendes Gefühl haben. Es führt zu Erkenntnissen über mich, mit denen ich dann weiterarbeiten kann.

#### Besserer Umgang mit Stress

- Was ist Stress?
- Was verursacht Stress?
- Stress und Antreiber – der Zusammenhang
- Wie gestresst bin ich?
- Welche Lösungsansätze gegen Stress nutze ich schon?

Mit diesen Fragen begann unser Thema.

Wir trugen folgende **Stressfaktoren** zusammen: alle Antreiber, Zeitdruck, Lärm und die Angst, Anforderungen nicht zu genügen. Es äußert sich in schlechter Laune, nicht schlafen können, essen bzw. auch nicht essen, Schweißausbrüche, Ohrensausen.

Die hilfreiche Erkenntnis: Ich kann nicht mit allen Aufgaben fertig werden, und das ist völlig okay. Ich erledige, was ich kann. Stress kann nicht für alle Menschen definiert werden, er ist individuell verschieden.

Die Effizienz der Arbeit sinkt, wenn man zu lange arbeitet. Daraus ergibt sich die Frage:



Wie gestalte ich meine Zeitplanung?

**Zeitfresser** sind z.B.: Fernsehen, Trödeln, im Internet surfen, Stau, Fahrtzeiten, Essen holen, unnötige Telefonate oder Gespräche, E-Mails, Handy, Konferenzen (Es ist schon alles gesagt worden, aber nicht von jedem.), Vorstandssitzungen, Sachen suchen, sinnentleerte Dokumentationspflichten, Haushalt. Das waren Beispiele aus unserer Teilnehmerrunde.

### Umgang mit Zeitfressern:

- Eigene Regeln festsetzen: z.B. :
  - feste Zeitblöcke einrichten für die E-Mail-Bearbeitung
  - Abbestellen von Newslettern
  - Auszeiten und Ruhezeiten festlegen
  - kein Handy beim Essen
  - sich abgrenzen
  - delegieren von Aufgaben
  - Grenzen setzen bei menschlichen Zeitfressern
  - einige Tage ein eng getaktetes Protokoll über seine Tätigkeiten führen
  - „Aufschieberitis“ überwinden
  - Single-Tasking statt Multi-Tasking
  - kleine Dinge, die nur wenige Minuten brauchen, sofort erledigen
  - Tagesplanung, Wochenplanung
  - Unterrichtseinheiten so planen, dass nicht alle Leistungsnachweise zur gleichen Zeit kommen

Literatur zu diesem Thema: **Karsten Dusse: „Achtsam morden“**.

### Entspannung: aber wie?

- Termine reduzieren, freie Zeit fest einplanen
- Bewegung an der frischen Luft, auf die Atmung achten
- Termin mit mir oder mit meinem Partner einführen
- Entspannung ist individuell: deswegen mein Alter berücksichtigen: Wie lange brauche ich für die Entspannung?
- Belohnungssystem
- Haustiere
- Partner einbeziehen
- Natur, Wald
- Hilfe von außen
- Meditation, Yoga
- Aromatherapie
- Massage

- Wohlfühl-Floating (Münster), Solebad
- Rituale
- Schlaf
- Sauna
- Probleme äußern
- Tagebuch führen
- Terminierte Auszeit vor sich haben
- bewusst mit meinen Zielen auseinandersetzen: Welche Ziele habe ich? Prioritäten setzen, Ziele bei Arbeit und Privatleben
- besser mal Nein sagen können
- wegfahren irgendwohin: sich ins Auto setzen und los
- wertschätzend mit sich selbst umgehen

Das waren wiederum die von den Teilnehmenden geäußerten Möglichkeiten.

Literatur zum Thema: **Martin Wehrle: „Besuch vom Zielprüfer“**.

### Ein hilfreiches Beispiel zur Selbsthilfe:

Ich nehme eine Kladde: eine Doppelseite pro Woche. Auf der rechten Seite notiere ich die Ziele, die ich für die Woche habe, und die Ereignisse, die zielführend sind. Auf der linken Seite notiere ich, was mich von meinem Ziel weggebracht hat.

Dazu ist dann ein Belohnungssystem hilfreich: z.B. mit Punkten, die dann zu einer vorher bestimmten Belohnung führen.

### Gelassenheit entwickeln

Dinge, die ich nicht in der Hand habe, sollte ich akzeptieren und keine Energie dafür verschwenden.

Eigene Energieeffizienz entwickeln, indem ich mich frage:

Wo investiere ich Energie? Wo spare ich sie mir auf? Bin ich zu alt für ...?

Das ist dann eine bewusste Entscheidung.

Werte erkennen und verschieben: Gelassen ist, wer mit sich und seinen Werten im Reinen ist.

George Bernhard Shaw: „Wer mit 18 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 80 ein Sozialist ist, hat keinen Verstand.“

Dazu haben wir eine praktische Aufgabe gemacht:

Jeder schrieb die für ihn wichtigen **Werte** auf je eine Karte.

Danach haben wir die Karten nach unseren Wertigkeiten geordnet.

Dann kamen noch je zwei Werte des Arbeitgebers hinzu (von unserer Seminarleiterin). Wir sollten uns fragen: Was macht das mit mir? Wo würde ich die beiden Karten einordnen?

Kleiner Tipp: Auch Lehrer können Überlastungsanzeigen stellen.

## Umgang mit Erwartungen

Welche Erwartungen habe ich an mich selbst? Wenn sie zu hoch sind, heißt es, dass ich keine Gelassenheit empfinden kann, sondern Stress.

Ich sollte mich fragen, woher die Erwartungen kommen, ob sie „echt“ sind, welche Erwartungen kann oder/und will ich erfüllen? Wie gehe ich insgesamt damit um?

Oft orientieren sich Frauen nach außen und stellen die Erwartungen nicht in Frage. Das hat mit unserem Rollenverständnis zu tun: Wir unterstellen also, dass es Erwartungshaltungen von außen gibt, aber überprüfen nicht, ob sie stimmen.

Erwartungen, die häufig an Frauen gestellt werden:

- Sozialkompetenz
- Regelkonformität
- Qualität von Leistung
- Ich tue Dinge, die ich eigentlich nicht tun will.
- Allmachtserwartung
- Korruptierbarkeit
- eine Masse an Erwartungen durch mich selbst (Anstreiber)

Abhilfe: Wir müssen nachfragen – uns selbst: Erwartet ... es wirklich? Und die anderen: Was erwartest du von mir?

Wir müssen also in Kommunikation treten mit anderen: Wie sieht dein Erwartungshorizont mir gegenüber aus? Dann entscheide ich, welche Erwartungen ich erfüllen kann oder will.

Erwartungen haben etwas mit unseren **Wertevorstellungen** zu tun.

## Selbstbewusste Menschen:

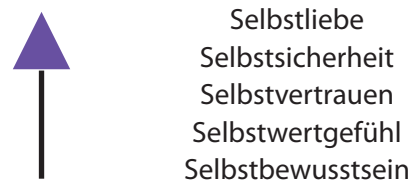
- sagen ihre Meinung
- können Kritik ertragen
- sind präsent
- haben Charisma: Sie erscheinen, sie kommen nicht.
- haben eine aufrechte Körperhaltung
- haben einen erhobenen Kopf
- halten Blickkontakt

- setzen sich durch
- wissen, was sie können und was sie nicht können
- haben eine hörbare Stimme
- gehen offen auf andere zu
- können sich auch zurücknehmen
- „Ich bin okay und du bist okay.“
- können auch Scheitern akzeptieren
- Fehler sind Teil von Lernerfahrungen für sie

Somit trägt Selbstbewusstsein zur Gelassenheit bei, da man nicht allen etwas beweisen muss.

Wie kommt man zu Selbstbewusstsein? Es ist genetisch bedingt und kommt durch die Sozialisation und Erziehung. Nicht negatives, sondern positives Feedback entwickelt Selbstbewusstsein.

Pyramide des Selbstbewusstseins von unten nach oben:



- Selbstbewusstsein: Das bedeutet, dass ich mir meiner selbst bewusst werde.
- Selbstwertgefühl: Ich bin ein wertvoller Mensch für mich und andere.
- Selbstvertrauen: Aus dem Selbstwertgefühl erwächst das Vertrauen auf das, was ich kann, und ich kenne meine Grenzen.
- Selbstsicherheit: Das Selbstvertrauen wiederum gibt mir Gelassenheit und somit Sicherheit.
- Selbstliebe: Ich liebe meinen Partner z.B., weil er bestimmte Eigenschaften und seine kleinen Schwächen hat. Akzeptanz meiner selbst: Dieses Recht, meine Schwächen zu mögen, sollte ich mir auch selbst geben.

Wenn ich **Selbstliebe** erreicht habe, gehe ich gelassener durch das Leben.

Wenn ich es noch nicht erreicht habe, kann ich es aber lernen. Auch hierbei sollte ich mir Feedback besorgen, Erfolge bewusst machen und feiern.

## Fazit:

„Persönlichkeit ist, was übrigbleibt, wenn man Ämter, Orden und Titel von einer Person abzieht.“

Wolfgang Herbst, deutscher Schriftsteller

## dbb-Jahrestagung 2020

### Der öffentliche Dienst der Zukunft

„Werkstattpapier“ des Deutschen Beamtenbundes setzt neue Impulse

Karlheinz Kaden



Silberbach: „Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Angriffen auf Angehörige des öffentlichen Dienstes zu hören ist ...“  
Fotos: vdr-ba

Für die dbb-Jahrestagungen, die regelmäßig in den frühen Januartagen eines Kalenderjahres in Köln mit fünf- bis sechshundert Delegierten stattfinden, geben oft Bundestags- oder Landtagswahlen die abzuhandelnden Themen vor. Auf vergleichbare Aufmerksamkeit stoßen bei Tarifpartnern und Dienstherrn auch auslaufende Tarifverträge und Besoldungsvereinbarungen. Dabei ist es gleichgültig, zu welcher Regierungspartei die eingeladenen Politiker zählen. Man darf sicher sein, dass anwesende Minister und Ministerinnen in ihren Grußworten und Vorträgen – aus ihrer Sicht betrachtet – geldwerte Zugeständnisse oder die Reduzierung von Aufgaben in bestenfalls homöopathischen Dosierungen anbieten.

Das wahlarme Jahr 2020 – lediglich eine Bürgerschaftswahl im Stadtstaat Hamburg und Kommunalwahlen in Bayern und Nord-

rhein-Westfalen bieten Gelegenheit für einen Denkwort – sowie der erst im kommenden Herbst liegende Neubeginn tariflicher und besoldungsrechtlicher Verhandlungen setzten dieses Mal den rituellen Mechanismus außer Kraft. Der dbb sah deshalb in der jüngsten Kölner Tagung Anlass für einen kritischen Blick auf Strukturen und Strategien des öffentlichen Dienstes auf kommunaler, föderaler sowie auf Bundesebene und verband damit die Frage nach seiner Leistungs- und Zukunftsfähigkeit. Rechtzeitig hatte er ein „Werkstattpapier“ erarbeitet, das unter dem Titel „Aufbruch. Der öffentliche Dienst der Zukunft. Agil, Vielfältig. Digital“ auf 28 Seiten künftige Herausforderungen auflistete. „Demografischer Wandel“, die „Integration von Flüchtlingen und Migranten“ einschließlich ihrer Familien, die „digitale Transformation“ und die Gewährleistung von „Rechts- und Sozialstaatlichkeit“ gewinnen immer größere Bedeutung. Die damit verbundenen Anforderungen seien nur zu erfüllen, wenn neue Problemlösungsansätze entwickelt würden. Diese könnten in



Kölner OB Reker: Meldewesen für Gewalttaten geplant ... v.l.: Stellv. dbb-Vorsitzender Böhm, Moderatorin Plättner (Phoenix), Reker, Stellv. dbb-Vorsitzender Schäfer, dbb-Vorsitzender Silberbach



*Silberbach: Tarifeinheitsgesetz überflüssiges Machwerk ...*

flexibel gestaltbaren Arbeitsbedingungen liegen, in der verstärkten Förderung von Frauen oder in der Kenntnisvermittlung und Ausweitung digitaler Anwendungen.

### **OB Henriette Reker: Köln baut Meldewesen gegen Gewalt auf**

In einem emotional geprägten Grußwort, in dem persönliche Erfahrungen deutlich zu spüren waren, äußerte sich die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker zur Zunahme von Gewalttaten gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes. Sie verwies auf eine tödlich verlaufene Messerattacke auf einen Mitarbeiter kurz vor dem jüngsten Weihnachtsfest. Trotz des Verbrechens sei die Kölner Bevölkerung noch immer von Toleranz geprägt, indem sie mit Menschen aus vielen Kulturkreisen ein harmonisches Zusammenleben pflege. Gegenseitiger Respekt sei jedoch die unumstößliche Basis einer offenen Gesellschaft. Die Stadt Köln werde deshalb zeitnah ein Meldesystem zur Registrierung von Gewalttaten und -tätern einrichten.

### **Silberbach: Versäumnisse des Staates verschärfen Problemlage**

In einem erweiterten Grußwort machte dbb-Vorsitzender Ulrich Silberbach auf krasse Fehlentwicklungen im öffentlichen Dienst aufmerksam: „Wenn der Staat immer

häufiger versagt, dann bleibt das doch den Menschen, die hier leben, nicht verborgen. Die sind doch vollkommen zu Recht völlig fassungslos darüber, dass ihr Staat das nicht hinbekommt. Dass er nicht da ist. Dass er sich nicht durchsetzen kann, wenn es darauf ankommt,“ führte er wörtlich aus. „Die einen freut das und ermuntert sie, sich erst recht daneben zu benehmen. Die vielen Rechtschaffenen dagegen macht das im besten Fall ratlos. Es macht aber auch sauer. Und respektlos und aggressiv. – Im öffentlichen Dienst fehlen uns aktuell 300.000 Kolleginnen und Kollegen. Bei den Sicherheitsbehörden, in Justiz und Finanzämtern, im Gesundheitsdienst, in der Pflege, in der Sozialen Arbeit. Im technischen Dienst, bei den Bürgerdiensten, in der Lebensmittelkontrolle, in Natur- und Umweltschutz. Damit nicht genug. In den kommenden zehn Jahren werden zudem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen.“

Mit einem Verweis auf die ausufernde Beschäftigung externer Berater in Obersten Bundes- und Landesbehörden setzte Silberbach die Liste von Missständen fort: „Das Geld, das die öffentliche Hand so gerne für externe Be-



*Bundesinnenminister Seehofer: Bund hilft Beschäftigten durch aktive Struktur- und Regionalpolitik*



„Verwaltung braucht Ermessensspielräume“, Bundestagspräsident Schäuble

rater ausgibt, wäre zum Beispiel richtig gut investiertes Kapital, wenn es direkt in den öffentlichen Dienst flösse. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar und schon gar nicht akzeptabel, dass sich der Staat externen Sachverstand zu Preisen im dreistelligen Millionenbereich einkauft. Die ausgewiesene Kompetenz liegt bei unseren Kolleginnen und Kollegen. Dieses Potenzial muss gehoben und gefördert werden“.

Massive Kritik übte Silberbach am Tarifeinheitsgesetz. Die Bundesregierung habe die deutliche Kritik des Bundesverfassungsgerichts am TEG leider nicht zum Anlass genommen, dieses überflüssige und sinnlose Machwerk aus der marktradikalen Hexenküche endgültig einzustampfen, was aus Sicht des dbb die beste Lösung gewesen wäre. Stattdessen habe man sich mit einer windelweichen Änderung durchs Parlament gemogelt und an der fatalen Beschneidung ta-

rifautonomer Rechte rein gar nichts geändert. Der Gesetzgeber habe es komplett versäumt, Vorkehrungen für den Fall zu treffen, dass die Rechte der Minderheitsgewerkschaft nicht gewahrt bleiben.

Als letzten Kritikpunkt nannte Silberbach die drohende Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen in die gesetzliche Rentenversicherung, wie sie in einigen Bundesländern angedacht werde: „Gleiches Recht für alle, mehr Einzahlende ergeben mehr Geld in der Kasse – so argumentieren die Befürworter dieser Schnapsidee ebenso populistisch wie grundfalsch. Denn langfristig ist die Einbeziehung anderer Anspruchsberechtigter doch auch für die gesetzliche Rentenversicherung ein Zuschussgeschäft. Denn den zusätzlichen Beiträgen durch die neu Einbezogenen stehen später natürlich auch die entsprechenden Rentenansprüche gegenüber. So kommt selbst ein im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erstelltes Gutachten zu dem Schluss, dass das richtig, richtig teuer wird. Spätestens da muss die Politik doch aufwachen und sagen: Erstens brauchen wir den besonderen Beamtenstatus für die Verlässlichkeit. Zweitens brauchen wir Nachhaltigkeit in allen Alterssicherungssystemen – wenn wir alles für alle gleich schlecht machen, wird überhaupt nichts besser.“

### Innenminister Seehofer präsentiert neue Ideen

Ähnlich wie OB Reker verurteilte auch Bundesinnenminister Seehofer die zunehmende Gewalt gegen Sicher-



Podium 1: NRW-Jungliberale-Vorsitzender Jens Taurine, Schäuble, Anke Plättner, Professor Münkler, Stellv. SPD- und Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert (v.l.)

heits- und Rettungskräfte. Auch müsse die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter vorangetrieben werden. Dazu trage das wenige Tage vor der Jahrestagung verabschiedete Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz bei, mit dessen Hilfe man es möglich machen wolle, gesuchte Fachkräfte, die sonst in die freie Wirtschaft abzuwandern drohten, zu gewinnen. Durch die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes erhoffe man sich eine Modernisierung des Dienstrechts. „Sorge bereitet mir“, führte der Minister wörtlich aus, „die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes noch besser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einzusetzen. Mit einer aktiven Struktur- und Regionalpolitik wirken wir dem Bevölkerungsrückgang gezielt entgegen. Das Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Durch die Schaffung neuer Standorte zur Neu- und Ausgründung von Bundesbehörden und Ressortforschungseinrichtungen können positive Impulse gesetzt werden, ohne dass Betroffene immer einen Ortswechsel in Kauf nehmen müssen“.

Zu künftigen Einkommensverbesserungen äußerte sich Seehofer eher zurückhaltend. Der öffentliche Dienst stehe in einem massiven Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, wenn es um die Einstellung von qualifiziertem und motiviertem Personal gehe. Deswegen sei die Schaffung attraktiver Einkommens- und Arbeitsbedingungen weiterhin von großer Bedeutung.

### **Zu den Unterschieden zwischen West und Ost: Wie viel Staat ist nötig?**

In seinem Kurzreferat über den Prozess der deutschen Einheit nach Mauerfall und Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland machte Bundestagspräsident Schäuble auf schon erreichte Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, aber auch auf das noch Trennende zwischen beiden Landesteilen aufmerksam. Im Denken und Fühlen gebe es noch Unterschiede; der Grad der Einheit messe sich aber auch an gleichen Startchancen für alle. Man dürfe den Staat aber auch nicht überfordern. „Je mehr wir Verantwortung an den Staat abgeben, desto enger ziehen wir die Grenzen unserer eigenen Spielräume“, gab Schäuble zu bedenken. Besser sei es, wenn der Staat lerne, sich zurückzunehmen. Verwaltung sei kein Selbstzweck, sondern notwendig gegen Chaos und Willkür. Es käme auf die richtige Balance an. Heute ist es möglich, jede Schulnote durch alle Instanzen zu überprüfen. Das könne Entwicklungen lähmen. Verwaltung



*Ministerpräsident Laschet: Nur Reiche brauchen keinen starken Staat*

benötige Ermessensspielräume und die Fähigkeit, sie verantwortlich zu nutzen.

In der anschließenden Diskussion trugen der Berliner Politikwissenschaftler, Prof. Dr. Heribert Münkler, der Stellvertretende SPD- und Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert und der Vorsitzende der NRW-Jungliberalen, Jens Teutrine, ihre Auffassungen zu Staat und staatlichem Handeln vor. Münkler sah einen bedeutsamen Unterschied zwischen politischem Handeln als Beruf und freiwilligem Engagement und stellte entsprechend fest: „Wo professionelle Politik professionell ausgeübt wird, herrscht fachliche Effizienz.“ Ehrenamtliches Engagement werde dabei jedoch zurückgedrängt. Abhilfe schaffen könne, so Münkler, die Schaffung einer bürgerpartizipativen Ordnung, die ein generationsbewusstes „Könnensbewusstsein“ generiere. Der SPD-Politiker Kühnert maß der materiellen Seite politischer Teilhabe entscheidende Bedeutung bei. So müsse Einvernehmen geschaffen werden, was ein demokratisches soziales Gemeinwesen gewährleisten muss. Nicht die Frage der Kosten sei das entscheidende Kriterium, sondern vielmehr die Frage, was zu einem guten Leben gehöre. Jens



Podium 2: Freiburger OB Horn, Bundesministerin für Familien, Jugend, Senioren und Soziales, Franziska Giffey, Moderatorin Anke Plättner, Quang Anh Paasch (Fridays for Future), dbb-jugend-Sprecherin Karoline Herrmann (v.l.)

## Wie „tickt“ Jugend politisch?

Zu Fragen des politischen Engagements junger Leute, dessen Beständigkeit und Nachhaltigkeit äußerte sich – wiederum unter der souveränen Leitung von Moderatorin Anke Plättner – eine Gesprächsrunde, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey mit einem Schlüsselreferat eingestimmt hatte. Darin hatte sie auf die Tatsache hingewiesen, dass sich viele Jugendliche von sozialen Themen ansprechen ließen und sie die Sorge um Mitmenschen ernstnahmen. Dagegen fehle ihnen aber oft Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen. „Wer wirklich etwas bewegen will“, forderte die Ministerin, „muss in politische Ämter gehen. Dazu möchte ich alle jungen Men-

Teurine setzte große Hoffnungen in die Altersgruppe der Sechzehnjährigen. Sie sei besonders aktiv und engagiert. Wer diese fördere, stelle damit sicher, dass sich ihr Engagement verstetige und auch im Erwachsenenalter fortsetze.

In einem Intermezzo zwischen dem eben beendeten Diskussionsblock und der folgenden Gesprächsrunde zur Einstellung junger Leute gegenüber politischen Entwicklungen und Fragestellungen lobte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet öffentliche Verwaltung und ihre Beamten und Angestellten ausdrücklich. „Institutionen wie Behörden und Verwaltung sind etwas Wertvolles, weil sie in der Demokratie Verfahren regeln und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten. Das ist insbesondere die Stärke des Berufsbeamtentums. Unsere Beamten und Beamtinnen akzeptieren einen demokratischen Regierungswechsel und arbeiten stets loyal gegenüber dem Amt und der Sache“, schilderte der Politiker seine Erfahrungen. „Wir wollen“, fasste er die Ziele seiner Landesregierung zusammen, „dass für jeden die Bildungschancen gleich sind, dass die Sicherheit überall und für jeden gewährleistet ist, dass gleiches Recht für alle gilt, dass Verwaltungsentscheidungen objektiv und unabhängig vom sozialen und materiellen Status getroffen werden. Das kann nur ein starker Staat leisten, und nur ein solcher dient dem gesellschaftlichem Zusammenhalt“, schloss Laschet.

schen ermutigen – dann sinkt auch der Altersdurchschnitt in der Politik“, stellte Giffey in Aussicht.

Karoline Herrmann als Vertreterin der dbb-Jugend wünschte sich für die politische Kommunikation, dass man ihr und Gleichaltrigen in den Debatten zuhören möge. Junge Menschen müssten merken, dass ihr Einsatz zu Ergebnissen führt, selbst wenn man Kompromisse schließen und Abstriche an seinen Forderungen hinzunehmen hätte. Von guten Erfahrungen berichtete der Freiburger Bürgermeister Martin W.W. Horn. In seiner Kommune sei der Wille zur Beteiligung an politischen Entscheidungen unter jungen Leuten besonders hoch. Man müsse jedoch deren Kommunikationsverhalten in Rechnung stellen. Viele seien nur noch über die Sozialen Medien und nicht mehr über konservative Kanäle erreichbar.

## Öffentlicher Dienst und Digitalisierung

In einer Schlussrunde am Vormittag des zweiten und letzten Veranstaltungstages tauschten sich die Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic, die rheinland-pfälzische Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, Heike Raab, die Verantwortliche für offene Kommunikationssysteme des Fraunhofer-Instituts, Nicole Opiela, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, und dbb-Vorsitzender Silberbach über Fragen der Digitalisierung im öffentli-





Bundesministerin Franziska Giffey: Nachhaltigkeit politischen Handelns nur durch die Wahrnehmung von Ämtern...

chen Dienst aus. Mihalic sah in der Vermittlung digitaler Kompetenz eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre und forderte klare Regelungen, um dienstliche Erreichbarkeit und Privatleben deutlich voneinander zu trennen. Heike Raab beklagte die großen Unterschiede in der Anwendung und Beherrschung digitaler Vorgänge zwischen einzelnen Behörden. Vielfach fehlten Möglichkeiten des Kennenlernens und Einübens digitaler Prozesse. Landsberg sah in „Fast Lanes“, z.B. in der Kommunalverwaltung, Möglichkeiten, Bürgern ein Umsteigen in digitale Prozesse schmackhaft zu machen. Wer erlebt habe, dass auf diese Weise der Erwerb eines Angelscheins oder die Anmeldung eines Kraftfahrzeugs schneller und einfacher vorgenommen werden könne, sei als Verbündeter gewonnen. Silberbach setzte sich mit Nachdruck für die Einrichtung eines Bundesdigitalministeriums ein. Das müsse nicht gleich mit hundertprozentiger Ausführung erfolgen. Eine 60-prozentige Lösung wäre auch schon ein schöner Erfolg.

*Quelle: Zeitschrift für Lehrerinnen und Lehrer an den niedersächsischen Schulen (Die Zustimmung des Autors ist gegeben)*

## IVL spricht sich gegen Einschulung am Samstag aus

Auf Bestreben des Landtagsabgeordneten Martin Habersaat (SPD) beschäftigte sich der Bildungsausschuss letzte Woche mit der Frage, ob die Feierlichkeiten zur Einschulung künftig samstags stattfinden sollen. Am Ende wurde das Vorhaben nicht weiterverfolgt. Hier die Stellungnahme der IVL:

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte lehnt eine Verschiebung des Einschulungstermins auf den Samstag aus folgenden Gründen ab:

- Die Ausrichtung an einem Samstag führt zu einem weiteren dienstlichen Termin der ohnehin von vielen Belastungen betroffenen Lehrkräfte.
- Des Weiteren dient die Einschulungsfeierlichkeit dazu, die neuen Schülerinnen und Schüler mit dem Schul-

leben bekannt zu machen. Dazu gehört das Erleben des normalen Schulalltages, wie beispielsweise das Spielen auf dem Schulhof in der Pause, der Erwerb eines Brötchens am Schulkiosk oder das erste Kennenlernen der Schülerschaft über die Grenzen der eigenen Klasse hinaus.

- An einem Samstag wird den eingeschulerten Kindern dieses Erlebnis genommen, da die Feierlichkeiten in der vollen Aula einer ansonsten weitgehend leeren Schule vor wenigen dienstbefohlenen Lehrern und ausgewählten Schülern des Chores stattfinden.
- Diese Wochenendveranstaltung ist im Vergleich zur bisherigen Einschulung im Sinne eines Willkommens während des laufenden Schulbetriebs deutlich weniger wertschätzend für die neu eingeschulerten Kinder.



## Alles rund um den Ruhestand

Unsere Broschüre „Alles rund um den Ruhestand“ ist bei dem bayerischen Landesverband, dem „brlv“ entstanden. Wir waren sowohl vom Thema als auch von der Zielgruppe, die die Broschüre ansprechen soll, begeistert. Nach mehreren Gesprächen waren die bayerischen Kollegen bereit, uns den Text und die Idee, die hinter der Broschüre stand, zu übergeben.

Nochmals herzlichen Dank dafür. Die Broschüre ist sowohl bei unseren Mitgliedern als auch bei Nichtmitgliedern gut angekommen. Dennoch haben wir erkannt, dass es Handlungsbedarf gibt. Noch immer herrscht gerade bei den über 60jährigen eine große Unkenntnis über die Möglichkeiten, sich entsprechend auf die Pensionierung vorzubereiten. Noch immer wird Lebensarbeitszeit dem Arbeitgeber „Land Schleswig-Holstein“ geschenkt.

Was Sie unbedingt wissen müssen, ist Ihr **Ruhegehaltssatz**. Die Broschüre gibt darüber Auskunft.

### Ruhegehaltssatz

*Wie viel Prozent der Bezüge ergeben mein Ruhegehalt?*

*Der Ruhegehaltssatz drückt den Anteil der ruhegehaltfähigen Bezüge aus, der dem Versorgungsempfänger als Ruhegehalt gewährt wird.*

*Hier kann eine Berechnung nach dem sog. „Alten Recht“ erfolgen, gültig bis 31. Dezember 1991, oder nach dem „Neuen Recht“, gültig ab 1. Januar 1992, bzw. nach einer Vergleichsberechnung für Beamte, die bei Inkrafttreten des neuen Rechts bereits im Dienst waren. Letztere Regelung wird für die meisten Lehrkräfte zutreffen, die in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten werden.*

### Bestimmungen des neuen Rechts

*Es gilt die sog. lineare Pensionsskala. Eine Beamtin oder ein Beamter kann erst nach 40 Jahren statt wie früher nach 35 Jahren ruhegehaltfähiger Dienstzeit die Höchstpension erreichen.*

- *Mit dem Versorgungsänderungsgesetz von 2001 erfolgte zudem die Absenkung der Höchstversorgung von 75 % auf 71,75 %. Vorhandene Versorgungsempfänger wurden*

*durch schrittweise Absenkung des Ruhegehaltssatzes in die Änderung einbezogen.*

- *Berechnet wird der Ruhegehaltssatz nach dem neuen Recht aus der Summe der ruhegehaltfähigen Dienstzeit, und zwar mit 1,79375 Prozentpunkten pro vollem Jahr Dienstzeit.*

*Der Höchstsatz von 71,75 % wird demnach mit 40 ruhegehaltfähigen Dienstjahren erreicht.*

*Bei einer längeren Teilzeitbeschäftigung liegt der Ruhegehaltssatz in der Regel unter dem Höchstsatz von 71,75 % wegen der anteiligen Anrechnung der ruhegehaltfähigen Dienstjahre.*

### Die Berechnung des Ruhegehalts

#### Übergangsrecht

*Für Beamtinnen und Beamte, die am 31. Dezember 1991 im Dienst waren, gilt die Besitzstandswahrung in Bezug auf die erreichten Dienstjahre. Für diese Beamtinnen und Beamten wird mit dem Stichtag 31.12.1991 nach dem alten Recht festgestellt, wie hoch die bis dahin erworbenen Versorgungsansprüche sind. Das bedeutet, dass der am 31. Dezember 1991 erreichte Ruhegehaltssatz gewahrt bleibt.*

*Ab 01.01.1992 steigt der Ruhegehaltssatz um 1 % pro ruhegehaltfähiges Dienstjahr, soweit zum 31.12.1991 10 Dienstjahre erreicht waren.*

*Für diese Beamtengruppe erfolgt im Versorgungsfall eine Vergleichsberechnung nach folgendem Verfahren:*

- *Zunächst wird der Ruhegehaltssatz nach dem neuen Recht ermittelt. Wird der Höchstruhegehaltssatz von 71,75 % erreicht, kommt die Übergangsregelung nicht zur Anwendung.*
- *Ist dies nicht der Fall, erfolgt eine Berechnung in zwei Schritten. Berechnet werden der Ruhegehaltssatz für die Zeiten vor dem 1. Januar 1992 und nach dem 31. Dezember 1991.*

*Der günstigere Ruhegehaltssatz ist dann maßgebend. Sollte das neue Recht günstiger sein, wird dieses angewendet. Der nach der Übergangsregelung festgestellte Ruhegehaltssatz darf dabei den ausschließlich nach dem bis*



zum 31.12.1991 geltenden Recht festgestellten Ruhegehaltssatz nicht überschreiten.

Die Berechnungen sind mit der Neuregelung des Versorgungsrechts zu vergleichen. Die Dienstzeiten werden alle anteilig addiert. Seit 2013 gilt die neue Formel.

## Berechnung nach § 16 SHBeamtVG

Berechnung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit

An Fach- & Hochschulausbildung

werden nur statt 2 Jahre, 297 Tage 2 Jahre 125,00 Tage berücksichtigt (§12 SHBeamtVG)

Zeiten einer praktischen Ausbildung 1 Jahr 351,00 Tage

Übrige gesamte ruhegehaltsfähige

Dienstzeit 30 Jahre 149,06 Tage  
 Zusammen 34 Jahre 260,06 Tage  
**Ruhegehaltssatz: 34.71 Jahre x 1.79375 % = 62.26 %**

## Berechnung nach § 84(1) SHBeamtVG (Besitzstandsregelung)

**Ruhegehaltfähige Zeit:**

bis 31.12.1991: 13 Jahre 319.56 Tage

ab 01.01.1992:

**Ruhegehaltssatz: 21 Jahre 112.50 Tage**

Besitzstand zum 31.12.1991: 43.00 %

Erhöhung ab 01.01.1992:  $21,31 \times 1 \% =$  21.31 %

zusammen: 64.31 %

Nach § 84(9) SHBeamtVG Kürzung um 0.95667: 61.52 %

Da die Berechnung nach § 84(1) SHBeamtVG zu keinem günstigeren Ergebnis führt, erübrigt sich die Berechnung der Begrenzung nach § 84(3) S. 2 SHBeamtVG.

**Der Ruhegehaltssatz wird nach neuem Recht berechnet und beträgt:**

**62.26 %**

Sie müssen wissen, dass der Ruhegehaltssatz gekappt wird. Die Kappungsgrenze beträgt **71,75 %**. Alles was rechnerisch über diesem Satz liegt wird – mit gewissen Ausnahmen – abgeschnitten. Zu Ihrem Nachteil.

**Wir beraten Sie. Lassen Sie sich Ihren persönlichen Pensionsanspruch ermitteln. Einzelheiten erfahren Sie auf unserer Homepage.**

Die Broschüre „Alles rund um den Ruhestand“ ist für unsere Mitglieder kostenlos. Fordern Sie sie bei unserem Landesgeschäftsführer an.

Nichtmitglieder erhalten die Broschüre für 7,50 €.

**Übrigens:** Sie können die Broschüre auch über unsere Homepage bestellen. Klicken Sie einfach auf das Bild der Broschüre.

## Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.



### Küstenkraftwerk Kiel

Besuch des neuen Küstenkraftwerks Kiel  
Hasselfelde 30, 24149 Kiel am Mittwoch, 27. Mai 2020 von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Zu dieser Veranstaltung lädt die IVL - Schleswig-Holstein herzlich ein.

Wir treffen uns um 14:45 Uhr an der Pforte (Tor 1 - Parkplatz).

Für die Besichtigung des Kraftwerks gelten besondere Sicherheitsvorschriften.

Nach der Führung besteht die Möglichkeit zum Gedankenaustausch im Strandrestaurant Kiek ut, Schönkamp 1, 24226 Heikendorf, OT Kitzeberg, direkt am Strand ca. 4 km vom Küstenkraftwerk entfernt. (Teilnahme bitte bei der Anmeldung vermerken).

Anmeldungen werden unter der E-Mail-Adresse [elke.stamm@ivl-sh.de](mailto:elke.stamm@ivl-sh.de)

bis Montag, 11. Mai 2020, entgegengenommen.

Über eine rege Teilnahme freuen wir uns, auch Gäste sind herzlich willkommen.

Dirk Meußner

Elke Stamm

#### Informationen zum Ablauf und Sicherheitshinweise

Die Besichtigung dauert in etwa zwei Stunden. An der Pforte werden Sie von Ihrem Guide in Empfang genommen. Dort bekommen Sie auch Ihre Besucherausweise. Zunächst erhalten Sie anhand einer kleinen Präsentation einen Einstieg in die Thematik. Anschließend wird Ihnen Sicherheitsausrüstung ausgehändigt. Dazu gehören Schutzhelm und eine Sicherheitsbrille. Je nach Betrieb können während der Führung auf dem Kraftwerksgelände unterschiedliche Bereiche besichtigt werden.

#### Beachten Sie außerdem folgende Sicherheitshinweise:

- Lange Beinkleidung und festes Schuhwerk sind Pflicht.
- Eine Teilnahme ist für Herzschrittmacherträger leider nicht möglich.
- Die Sicherheitsausrüstung ist obligatorisch und während der gesamten Tour über das Kraftwerksgelände zu tragen.
- Der Personalausweis muss mitgeführt werden.
- Das Kraftwerk ist nicht barrierefrei, Besucher sollten festen Tritt sein.

## Liebe Ruheständler und angehende Ruheständler,

von Johannes Willer

auch wenn bis zum Erscheinen unseres Magazins schon einige Wochen ins Land gegangen sind, wünsche ich Ihnen allen ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Nach einer gesundheitsbedingten Pause melde ich mich mit der Rubrik „Alles rund um den Ruhestand“ in unserer Zeitschrift bei Ihnen zurück.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Medien über Dinge berichten, die gerade auch uns Rentner und Pensionäre betreffen. Dazu gehörte sicherlich auch die ganze „Aufregung um Oma als Umweltsau“ (shz. v. 30.12.19). Bestimmt kein Silvesterschmerz! Diskussion hin und her, eine gewisse Stil-, Niveau- und Respektlosigkeit gegenüber uns Älteren kann doch wohl festgestellt wer-

den. Die Grenzen erlaubter Satire sollten schon eingehalten werden und vor allem sollten Kinder nicht für politische Ideen instrumentalisiert werden. Ein Ratschlag für den Kinderchor des WDR: Bleibt doch lieber bei der Oma, die im Hühnerstall Motorrad fährt. Aktiv im Ruhestand!

Die Tageszeitung vom letzten Januarwochenende (shz. v. 25./26.1.20) ließ mit ihrer Schlagzeile Freude aufkommen: „Geld für alle: Jamaika verteilt 557 Millionen“. Also doch Weihnachtsgeld in 2020, etwaige Pensionszulagen und Rentenerhöhungen, Streichung des Selbstbehaltes bei der Beihilfe? Haben die Aktionen des dbb endlich zum Erfolg geführt? Zu früh gefreut! Der letzte Absatz des Artikels läßt die Mienen wieder verfinstern: „Die Be-

amten dürfen sich auf kein zusätzliches Geld freuen, denn die Regierung erteilt der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes erneut eine Absage. ‚Wir investieren die Mittel, das kommt allen Menschen zu Gute‘, sagt Günther. ‚Auch den Beamten‘. Da bin ich ‚mal gespannt.

Abschließend in eigener Sache: Wundern Sie sich über die stark geschrumpfte Geburtstagsliste in unserem IVL - Magazin? Ohne ausdrückliche Genehmigung dürfen wir gemäß der neuen Datenschutzgrundverordnung zukünftig keine Geburtsdaten, Namen und Adressen veröffentlichen.

Alles Gute für Sie und unterstützen Sie weiterhin die IVL!

## Geburtstage (Ruheständler ab 65 Jahre)

### Februar 2020

- 11.2. Horst Rapp, 25840 Friedrichstadt, Jg. 1946
- 22.2. Horst Lippke, 23568 Lübeck, Jg. 1950
- 24.2. Richard Krafft, 22926 Ahrensburg, Jg. 1928**
- 28.2. Klaus-Eckart Hewicker, 24306 Plön, Jg. 1942
- 28.2. Henning Kröger, 25826 St.-Peter-Ording, Jg. 1951

### März 2020

- 1.3. Käte Kossel, 255541 Brunsbüttel, Jg. 1952
- 1.3. Doris Kossel, 25746 Heide, Jg. 1952
- 4.3. Ulrike Quadfasel, 22880 Wedel, Jg. Jg. 1950
- 5.3. Rolf Zander, 21465 Wentorf, Jg. 1937
- 15.3. Ursula Schlüter, 24146 Kiel, Jg. 1945
- 19.3. Jürgen Winterstein, 24598 Boostedt, Jg. 1940
- 20.3. Inge Schubert, 24806 Hohn, Jg. 1949
- 25.3. Sigrid Suhr, 25469 Halstenbek, Jg. 1941
- 26.3. Elke Bestmann, 24576 Hitzhusen, Jg. 1955
- 27.3. Elisabeth Krafft, 22926 Ahrensburg, Jg. 1929**
- 31.3. Antje Claassen, 24986 Mittelangeln, Jg. 1934

### April 2020

- 1.4. Martin Wodtke, 24106 Kiel, Jg. 1949
- 6.4. Sigrid Kiefmann, 24161 Altenholz, Jg. 1948
- 7.4. Torsten Boll, 25596 Wacken, Jg. 1955
- 10.4. Wolfgang Müller, 25704 Nindorf, Jg. 1940
- 11.4. Jürgen Schrader, 25693 St. Michaelisdonn, Jg. 1939

- 15.4. Helmer Lange, 21521 Dassendorf, Jg. 1942
- 19.4. Manfred Ruß, 23738 Lensahn, Jg. 1943
- 24.4. Helmuth Gansekow, 27498 Helgoland, Jg. 1940
- 25.4. Rolf Latte, 22846 Norderstedt, Jg. 1943
- 26.4. Ingrid Bindzus, 21481 Lauenburg, Jg. 1955

### Mai 2020

- 1.5. Ingrid Debler, 23623 Ahrensböök, Jg. 1946
- 1.5. Doris Krause-Stöll, 25421 Pinneberg, Jg. 1953
- 4.5. Ingrid Fischer, 24161 Altenholz, Jg. 1953
- 5.5. Rüdiger Scheibner, 21465 Wentorf, Jg. 1936
- 7.5. Harro Rhenius, 23564 Lübeck, Jg. 1943
- 9.5. Arne Claußen, 25489 Haselau, Jg. 1952
- 13.5. Elke Blum, 25524 Itzehoe, Jg. 1948
- 16.5. Ute Willer, 25541 Brunsbüttel, Jg. 1955
- 17.5. Erhard Freudenstein, 24340 Windeby, Jg. 1938
- 17.5. Johannes Willer, 25541 Brunsbüttel, Jg. 1948
- 20.5. Gitta Mischke, 24235 Brodersdorf, Jg. 1951
- 22.5. Achim Böst, 22397 Hamburg, Jg. 1945
- 26.5. Uwe Spiekermann, 23611 Bad Schwartau, Jg. 1942

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir hier nur denjenigen unserer Mitglieder gratulieren, die uns entsprechend den Bestimmungen der DSGVO die Erlaubnis zur Veröffentlichung Ihres Geburtstages erteilt haben.

Eine solche **Erklärung** haben dem vorherigen Exemplar des IVL-Magazins als loses Blatt beigefügt.

Bitte senden Sie, sollten Sie es bisher nicht gemacht haben, diese Erklärung unterschrieben an die Geschäftsstelle.



### Es hat sich was getan

Ich hatte Ende 2018 berichtet, dass ich unsere Homepage als Folge eines Hackerangriffs, vom Netz genommen hatte.

Gleichzeitig bat ich um etwas Geduld, denn ich wollte neben der Zukunftsfähigkeit unseren Internetauftritt neu programmieren und auch mit einem anderen Programm gestalten.

Das hat etwas gedauert, aber seit Februar 2019 sind wir wieder sichtbar.

In einer Info hatte ich die Mitglieder, die uns ihre E-Mail-Adresse anvertraut haben, angeschrieben und berichtet, dass ich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Lübeck gegen Unbekannt gestellt hatte. Gleichzeitig hatte ich dem LKA das Logfile der HP zur Verfügung gestellt.

Mir war bewusst, dass das Ganze wohl im Sande verlaufen würde. Ich habe mich getäuscht.

Mit Schreiben vom 26.11.2019 teilte mir die Staatsanwaltschaft mit, dass das Verfahren eingestellt wurde, da die oder der Täter nicht ermittelt werden konnte.

Dennoch sind die Umstände der Ermittlung äußerst aufschlussreich und interessant, so dass ich mich entschlossen habe, sie unseren Mitgliedern und Lesern bekannt zu machen.

**Sie finden uns auch im  
Internet unter  
[www.ivl-sh.de](http://www.ivl-sh.de)**

Der Inhalt des Schreibens der Staatsanwaltschaft:

*Sehr geehrter Herr Rhenius,  
ich habe das aufgrund Ihrer Strafanzeige eingeleitete Ermittlungsverfahren eingestellt, da es nicht gelungen ist, einen Täter zu ermitteln.*

*Im Rahmen der kriminalpolizeilichen Auswertung der Logfiles des DDos-Angriffs ist u.a. eine IP-Adresse aufgefallen, die dem Dienstanbieter Googlebot.com zuzuordnen ist. Hierbei handelt es sich um einen Crawlerdienst der Firma Google. Dieser oder andere Webcrawler durchsuchen und analysieren das WorldWideWeb und Webseiten; in der Regel werden Webcrawler von Suchmaschinen eingesetzt.*

*Ob diese Zugriffe von Googlebot.com auf Ihrer Seite dazu geführt haben, dass diese blockiert wurde, konnte nicht abschließend geklärt werden.*

*Im Rahmen der Auswertung sind jedoch auch weitere IP-Adressen aufgefallen. Hier ist insbesondere eine zu nennen, über die der russische Anbieter mlzone.ru massenhaft auf Ihre Homepage zugegriffen hat. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist der Anbieter mlzone.ru mit DDos-Attacken in Verbindung gebracht worden.*

*Der Standort des genutzten Servers scheint in Russland zu liegen.*

*Da nach den Erfahrungen aus anderen Ermittlungsverfahren keine Ermittlungsergebnisse zu erwarten sind, ist davon abgesehen worden, ein förmliches Rechtshilfeersuchen an die russischen Behörden zu richten.*

*Sollten Ihnen in der Folgezeit neue Umstände bekannt werden, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, so bitte ich Sie, diese alsbald zu dem oben angegebenen Aktenzeichen hierher mitzuteilen, da ich jederzeit innerhalb der Verfolgungsverjährungsfrist in der Lage bin, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.*

Bisher haben wir jedoch Ruhe gehabt und da ich auch nunmehr unsere Seite verschlüsselt habe und nicht mehr das Programm „Joomla“ sondern „Contao“ nutze, kann ich wieder etwas ruhiger schlafen.

## 20 Jahr und mehr

von Stephanie Geschke

Als die Mitglieder des Bezirks Dithmarschen zur diesjährigen Mitgliederversammlung am 19. Februar in Lieth in der Alten Schule zusammenkamen, stand ein sehr besonderer und außergewöhnlicher Anlass auf der Tagesordnung:

Nach mehr als 20 Jahren Tätigkeit als Schriftführer im Vorstand des Bezirks wurde Wolfgang Müller mit großem Dank, Blumen und einem Kaffee-Gutschein von der Bezirksvorsitzenden Stephanie Geschke verabschiedet.



Wie angekündigt stellte er sich nicht zur Wiederwahl. Jeder im Bezirk erinnert sich sicher gerne an seine feinen humoristischen Einladungen in den vergangenen Jahrzehnten!



Auch die Landesvorsitzenden Elke Stamm und Dirk Meußner hatten sich ganz auf den Weg nach Dithmarschen gemacht und berichteten ausführlich und sehr spannend von ihren Tätigkeiten im Landesverband.

Nach einem guten gemeinsamen Essen und mit netten Gesprächen endete der Abend schließlich.

## Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

## Informationsmappe für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

von Elke Stamm

Mit jedem Schulhalbjahr beginnt die Ausbildungszeit für junge Lehrkräfte. Der neue Abschnitt im beruflichen Werdegang erfordert eine Orientierung in vielen Bereichen. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ergeben sich hinsichtlich der Vorsorge im sozialen Bereich (Beihilfe, Krankenversicherung) auch im Finanzbereich (Gehaltskonto, Kreditkarten) sowie im Versicherungsbereich eine Auswahl neuer Möglichkeiten.

Viele neue Kolleginnen und Kollegen im Lehrerberuf werden es schätzen, einen Rückhalt in einer Berufsvertretung zu haben, die sie bei Bedarf informiert, unterstützt und vertritt.

Um dem Bedarf an Information nachzukommen, hat die IVL-SH in Zusammenarbeit mit der Debeka, der BBBank und dem dbb SH einen Ordner erstellt. Diese Mappe wird auf den Einführungsveranstaltungen des IQSH an die jungen Lehrkräfte verteilt.

Die uns bekannte Werbefirma „wir drei“ entwickelte das Layout für den Umschlag, das „Innenleben“ erstellten D. Meußner, G. Rhenius und E. Stamm. So entstand in kurzer Zeit die erste Auflage, die vor den Weihnachtsferien in Druck ging.

Inhaltlich stellt sich die IVL-SH zunächst mit einem Begrüßungsanschreiben von D. Meußner vor.

Informationen über den geschäftsführenden Vorstand und die Referate, Ansprechpartner an verschiedenen Schulen, Ziele und Forderungen, Rechtsvorschriften für Berufsanfänger, ein Kalendarium über die Ausbildungszeit, Hinweise zur Beihilfe und Krankenversicherung sollen den LiV erste Hinweise geben. Die Debeka, die BBBank und der dbb stellen sich als Partner der IVL-SH im zweiten Teil vor. Zu jedem neuen Einstellungstermin der LiV wird der Inhalt der Mappe aktualisiert und erweitert, so dass halbjährlich eine neue Auflage erscheint.

An dieser Stelle möchten wir uns für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit der Debeka in Koblenz und Kiel bedanken! In Koblenz werden die Seiten in hervorragender Qualität gedruckt und in Kiel findet man in der Geschäftsstelle immer ein offenes Ohr für die eigenen Belange und große Hilfe, z. B. bei der Zusammenstellung und Lagerung der Mappen.

Auf der Einführungsveranstaltung der Lehrkräfte in Ausbildung im Februar 2020 konnten M. Sargatzke und A. Bött-

**IVL-SH**  
Interessenvertretung Lehrkräfte  
Geschäftsstelle  
Mühlenweg 23  
24640 Schmalteich  
Info@ivl-sh.de  
www.ivl-sh.de

**IVL-SH**  
Interessenvertretung  
Lehrkräfte

**IVL-SH**  
Interessenvertretung  
Lehrkräfte

**VOLLE KRAFT VORAUSS**  
Erfahrung & Kompetenz  
Durchsetzungsfähigkeit

**VIER STARKE PARTNER**

**MIT UNS BLEIBEN SIE AUF KURS.**  
Ihre kompetente Interessenvertretung für alle beruflichen und dienstlichen Belange.

**WERDEN SIE MITGLIED**  
Lösen Sie den Anker – es lohnt sich.

**VIER STARKE PARTNER**

**Debeka**  
Landesgeschäftsstelle Kiel  
Königsberg 28-34  
24114 Kiel  
Tel. 0431 90 60 80  
Landesgeschäftsstelle\_Kiel@debeka.de  
www.debeka.de/igs/kiel/index.html

**BB Bank**  
BBBank oG Filiale Kiel  
Kleiner Ruhberg 2-6  
24103 Kiel  
Tel. 0431 89 00 10  
filiale.367@bbbank.de  
www.bbbank.de/abb

**dbb schleswig-holstein**  
Geschäftsstelle  
Muhlenstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431 67 50 81  
info@dbbsh.de  
www.dbb-sh.de

**Debeka**

**BB Bank**

**dbb**  
Beamtenbund  
und Tarifunion





ger die zukünftigen Grundschullehrerinnen und -lehrer in Segeberg beraten und viele Mappen verteilen. Auch in Neumünster bei der Einführungsveranstaltung für die Gymnasiallehrkräfte und in Kiel bei den SEK I - Lehrkräften wurde die Mappe gut angenommen. In Neumünster vertraten D. Meußner und E. Stamm die IVL-SH, um anschließend nach Kiel zu fahren, wo schon G. und H. Rhenius den Stand betreuten.

Allerdings erwies sich die Verteilung der Mappen an die entsprechenden Orte als ein „kleines“ Problem. Wenn unser

Landesgeschäftsführer M. Strobel nicht einen großen Kofferraum im Auto hätte, ließen sich die Kartons kaum transportieren. An dieser Stelle ein herzliches „Danke“ an M. Strobel.

Damit unsere Mitglieder einen Eindruck von der Mappe erhalten, bekommen die Bezirksvorsitzenden jeweils ein Exemplar, das auf den Bezirksversammlungen ausgelegt wird. Anregungen zum Inhalt und weitere Textvorschläge sind erwünscht.

## Das Mitgliedskonto

Wir verwalten unsere Mitgliederkonten schon seit einiger Zeit digital. Wir haben an die Verarbeitung der Daten strenge Maßstäbe gesetzt.

Die Vorgaben, die der Gesetzgeber in Bezug auf den Datenschutz gegeben hat, sind für uns Selbstverständlichkeiten. Nur wenige autorisierte Mitglieder des Vorstandes haben Zugang zu diesen Daten. Seitens unserer Datenschutzbeauftragten wird dieses streng kontrolliert.

Bis zum Ende 2018 hatten wir die Mitgliederdaten in dem Cloudspeicher „Dropbox“ eingelagert. Nunmehr haben wir uns entschlossen, diese Daten, die nicht auf einem deutschen Server geparkt werden, auf dem Server der Telekom in der so genannten „MAGENTA Cloud“ zu speichern. Damit gelten für die Speicherung und Sicherung der Daten die strengen europäischen Datenschutzbestimmungen.

**Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass jedes Mitglied, das einen „E-Mail-Account“ hat, auf seine bei uns gespeicherten Daten online zugreifen kann.**

Was ist zu tun? Bitte teilen Sie unserem Geschäftsführer einfach mit, dass Sie einen Zugang zu Ihren bei uns gespeicherten Daten haben möchten. Sie erhalten dann umgehend den notwendigen Zugang incl. Passwort. Es ist Ihr **persönlicher Zugang**.

Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass die dort gespeicherten Daten nur gelesen werden können. Im Rahmen der Dokumentationspflicht ist eine Veränderung online nicht erlaubt. Sollten Sie Einwände haben, lassen Sie es uns wissen.

Hinweisen möchte ich, dass wir die Daten von ausgeschiedenen oder auch verstorbenen Mitgliedern mindestens

noch 3 Monate nach dem Ausscheidetatum speichern. Nach dieser Frist werden die persönlichen Daten gelöscht, sofern keine weiteren Ansprüche bestehen. Dieses gilt nicht für Buchhaltungsdaten, hier gelten die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Nicht alle Mitglieder haben die dem letzten Magazin beigefügte Datenschutzerklärung an die Geschäftsstelle unterschrieben zurückgesandt. Um den Forderungen des Gesetzgebers Genüge zu tun, ist das jedoch unumgänglich.

Sie können sich die Datenschutzerklärung von unserer Homepage aus herunterladen.

### **Wichtige Information für unsere Mitglieder! Alle Daten auf dem neusten Stand?**

Wir möchten alle unsere Mitglieder nachdrücklich bitten, Änderungen an die Geschäftsstelle mitzuteilen. Dies sind insbesondere:

- ✓ Adressänderungen
- ✓ Namensänderungen
- ✓ Kontoänderungen
- ✓ Wechsel an eine neue Schule
- ✓ Neue E-Mail
- ✓ Neue oder Wechsel der Bankverbindung
- ✓ Änderung der Stundenzahl

Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Zeitschrift und Informationen auch alle Mitglieder erreichen. Sie können die Änderungen gerne per E-Mail an die Geschäftsstelle [info@ivl-sh.de](mailto:info@ivl-sh.de) senden oder bequem auf unserer Homepage unter **Kontakt** online eingeben.

Wir bedanken uns für Ihr Verständnis!

## Das beschäftigt uns

Immer wieder erreichen uns Kündigungen von Mitgliedern. Aufgrund deren Alters kommt die Vermutung auf, dass diese Entscheidung in Zusammenhang mit der Pensionierung oder Verrentung steht.

Manchmal sind es aber offensichtlich auch Frustkündigungen, da wir die Zahlung des Mitgliedbeitrages angemahnt haben.

In zahlreichen Gesprächen – auch außerhalb des Lehrerberufes – musste ich die Erfahrung machen, dass viele Beschäftigte sich mit Ihrem beruflichen Abschied auch von ihrem Arbeitgeber gedanklich verabschiedet haben und nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen.

Warum ist das so? Die Gründe mögen vielschichtig sein. Ich sehe aber einen ganz wichtigen Grund im Verhalten der Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten. Nur wenigen Arbeitgebern gelingt es, eine soziale Bindung zu ihren Arbeitnehmern, Rentnern und Pensionären aufzubauen. Ausgeschieden und zur Tagesordnung übergehen ist das Motto.

Geschäftsleitungen fühlen nur noch in seltenen Fällen eine soziale Verantwortung für die Beschäftigten. Ihr Interesse ist primär auf die Anteilseigner ausgerichtet. Das Interesse am Wohl der Arbeitnehmer fällt dabei zurück.

Das ist leider auch beim Arbeitgeber „Land Schleswig-Holstein“ so. Unsere Berufsgruppe wird durch das Schulministerium und auch im wesentlichen Umfang durch das Finanzministerium gelenkt. Lehrerinnen und Lehrer sind nur noch Handlungsmasse, die man je nach politischer Couleure von der einen Ecke in die andere Ecke transferieren kann.

Soziale Wärme und soziale Bindung zum Arbeitgeber kann so nicht entstehen. Womöglich ist das auch gar nicht gewollt bei den Entscheidungsträgern, die ja eh nur in Wahlrhythmen denken und handeln.

„Ich möchte jetzt von Schule nicht mehr viel hören und sehen“, Ist dann das Ergebnis.

Schade.

Die herzliche Bitte Ihrer IVL ist: Sprechen Sie uns doch einfach an, wenn Sie mit unseren Leistungen oder auch unseren Positionen unzufrieden sind.

Wir hören Ihnen zu.

## dbb vorteilswelt und vorsorgewerk

Gehören Sie auch zu den Kolleginnen und Kollegen, die gerne online einkaufen wollen?

Als IVL-Mitglied haben Sie Zugang zur dbb-Vorteilswelt. Profitieren Sie von Ihrer IVL-Mitgliedschaft.

Das dbb vorsorgewerk und die dbb vorteilswelt bieten besonders günstige und leistungsstarke Mehrwertangebote: Exklusiv für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen. Ab sofort noch lohnenswerter:

- Alle Vorteilsangebote vom dbb vorsorgewerk und dbb vorteilswelt sind auf einer Internetpräsenz unter <https://www.dbb-vorteilswelt.de> vereint.

### Online Einkaufsportal der dbb vorteilswelt

- **Exklusiv für IVL-Mitglieder und ihre Angehörigen**
- **Sind auch Sie schon dabei? Viele IVL-Mitglieder haben bereits die Vorzüge der dbb vorteilswelt für sich entdeckt und ausgiebig geshoppt.**

### Probieren Sie es einfach aus!

- Das Online-Einkaufsportal der dbb vorteilswelt steht exklusiv allen Mitgliedern der Fachgewerkschaften und Landesbünde, die unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion zusammengeschlossen sind, zur Verfügung. Selbstverständlich können auch Ihre Angehörigen die Einkaufs- und Erlebnisangebote nutzen.
- Über 350 Markenshops offerieren eine breite Produktpalette und tolle Geschenkideen für jeden Anlass – mit Rabatten von bis zu 80 Prozent!
- Die Rabatte werden direkt bei der Bestellung abgezogen, die Haushaltskasse wird also sofort entlastet. Und jetzt viel Spaß beim Shoppen & Sparen!
- **Das Online Einkaufsportal erreichen Sie jetzt über den dbb vorteilsClub**
- Jetzt **einloggen** unter <https://www.dbb-vorteilswelt.de/login/>
- Neu hier? Dann gleich **registrieren** unter <https://www.dbb-vorteilswelt.de/register/>

# Beitragsordnung 2020 der IVL-SH

## § 1 Grundsatz

Diese Beitragsordnung ist nicht Bestandteil der Satzung. Sie regelt die Beitragsverpflichtungen der Mitglieder. Sie kann nur von der Landesvertreterversammlung der IVL-SH geändert werden.

## § 2 Beschlüsse

1. Die Landesvertreterversammlung beschließt die Höhe des Beitrags.
2. Die festgesetzten Beiträge werden mit Wirkung ab 1. Januar des folgenden Jahres erhoben, in der der Beschluss gefasst wurde. Durch Beschluss der Landesvertreterversammlung kann auch ein anderer Termin festgelegt werden.

## § 3 Beitragshöhe

Die Beitragshöhe\* 2020 ergibt sich entsprechend der nachfolgenden Tabelle.

Beamtinnen & Beamte								
Besoldung	Beschäftigungsumfang						Pensionäre	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		bis 50%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
A 09	11,90 €	B 01	9,50 €	B 08	8,40 €	B 15	6,60 €	B 22
A 10	13,20 €	B 02	10,80 €	B 09	9,40 €	B 16	7,30 €	B 23
A 11	14,50 €	B 03	11,30 €	B 10	10,30 €	B 17	8,20 €	B 24
A 12	15,80 €	B 04	13,70 €	B 11	11,30 €	B 18	8,80 €	B 25
A 13	17,00 €	B 05	15,00 €	B 12	12,40 €	B 19	9,50 €	B 26
A 14	18,80 €	B 06	16,40 €	B 13	13,70 €	B 20	10,10 €	B 27
A 15 und höher	20,50 €	B 07	17,60 €	B 14	14,60 €	B 21	10,90 €	B 28

Angestellte								
Vergütung	Beschäftigungsumfang						Rentner	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		bis 50%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
EG 09	10,30 €	A 01	9,00 €	A 06	6,00 €	A 11	5,20 €	A 16
EG 10	11,50 €	A 02	10,10 €	A 07	7,10 €	A 12	5,80 €	A 17
EG 11	12,70 €	A 03	11,30 €	A 08	8,40 €	A 13	6,50 €	A 18
EG 12	14,20 €	A 04	11,70 €	A 09	9,50 €	A 14	7,30 €	A 19
EG 13	15,80 €	A 05	13,60 €	A 10	10,90 €	A 15	8,40 €	A 20

Gruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst	4,60 €	S 01
Studierende, Arbeitslose, beurlaubte Lehrkräfte, Beschäftigte (unter 1 Jahr)	2,00 €	S 02
Beschäftigte (mindestens 1 Jahr)	6,30 €	S 03

\* **Hinweis:** Gemäß Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 20.11.2014 ist der Beitrag entsprechend den Veränderungen der Gehälter und Vergütungen der Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein jeweils zum 01.01. eines Jahres anzupassen, das auf den Veränderungstermin folgt.

# Top versichert?

## Gleich hier in der Nähe

Ganz gleich, ob es um Ihr Haus, Ihr Auto oder Ihre Vorsorge geht – Wir bieten den passenden Schutz für Sie und Ihre Familie.

Mit Top-Leistungen und Services zu günstigen Beiträgen überzeugen wir mehr als 11 Millionen Kunden.

### Das sind Ihre Vorteile bei der HUK-COBURG:

- Niedrige Beiträge – z. B. 20 % Beitragsvorteil mit Kasko SELECT
- Top-Schadenservice in rund 1.500 Partnerwerkstätten
- Gute Beratung in Ihrer Nähe – immer fair und kompetent

Informieren Sie sich jetzt über unsere Angebote und lassen Sie sich individuell beraten. Wir freuen uns auf Sie.

#### Kundendienstbüro

##### Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184  
norbert.schwengers@HUKvm.de  
Krempelsdorfer Allee 42-44  
23556 Lübeck

#### Kundendienstbüro

##### Sabine Henning

Tel. 0451 45056123  
sabine.henning@HUKvm.de  
Ziegelstr. 2, 23556 Lübeck

#### Kundendienstbüro

##### Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370  
heidi.orminski@HUKvm.de  
Ratzeburger Allee 111-125  
23562 Lübeck

#### Kundendienstbüro

##### Daniela Bievor

Tel. 0451 66902  
daniela.bievor@HUKvm.de  
Arnimstr. 12 B, 23566 Lübeck

#### Kundendienstbüro

##### Carsten Schulz

Tel. 04342 8584866  
carsten.schulz@HUKvm.de  
An der Mühlenau 3-5, 24211 Preetz

#### Kundendienstbüro

##### Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531  
sandra.rebenstorf@HUKvm.de  
Holtenauer Str. 352, 24106 Kiel

#### Kundendienstbüro

##### Birgit Leppin

Tel. 0431 726677  
birgit.leppin@HUKvm.de  
Schönberger Str. 24, 24148 Kiel

#### Kundendienstbüro

##### Anke Feldes

Tel. 04351 667755  
anke.feldes2@HUKvm.de  
Langebrückstr. 26, 24340 Eckernförde

#### Kundendienstbüro

##### Jutta Grimmelsmann

Tel. 04321 2720  
jutta.grimmelsmann@HUKvm.de  
Hauptstr. 30, 24536 Neumünster

#### Kundendienstbüro

##### Marco Lorenzen

Tel. 04331 22927  
marco.lorenzen2@HUKvm.de  
Friedrichstädter Str. 50, 24768 Rendsburg

#### Kundendienstbüro

##### Anke Feldes

Tel. 04621 27627  
anke.feldes@HUKvm.de  
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

#### Kundendienstbüro

##### Ulrich Markowsky

Tel. 0461 9402543  
ulrich.markowsky@HUKvm.de  
Ochsenweg 26, 24941 Flensburg

#### Kundendienstbüro

##### Bettina Tempich-Braunhart

Telefon: 0461 13093  
bettina.tempich-braunhart@HUKvm.de  
Bismarckstr. 40, 24943 Flensburg

#### Kundendienstbüro

##### Thomas Lucke

Tel. 0481 78769126  
thomas.lucke@HUKvm.de  
Bahnhofstr. 22 A, 25746 Heide

#### Kundendienstbüro

##### Marco Lorenzen

Tel. 04841 6622900  
marco.lorenzen@HUKvm.de  
Markt 10–12, 25813 Husum



## HUK-COBURG

Aus Tradition günstig